



Das Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft zum 100. Geburtstag und 60. Todestag von Alfred Klahr

Unter dem Titel „*Alfred Klahr (1904–1944) und die ‚Erfindung‘ der österreichischen Nation. Deutschnationale, Austrofaschisten und Kommunisten im Kampf um die österreichische Identität*“ fand am 16. Oktober 2004 in der „ehemaligen Kapelle“ im Campus der Universität Wien ein Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft statt, das dem Begründer der marxistischen Theorie der österreichischen Nation gewidmet war. Referenten waren Prof. Dr. Wolfgang Häusler (Universität Wien), Dr. Winfried Garscha (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) und Prof. Dr. Félix Kreissler (Paris). Der Vortrag bei diesem Symposium war der letzte öffentliche Auftritt Felix Kreisslers vor seinem Tod.

In seiner Eröffnungsrede „Alfred Klahr und Österreich wie es ist und wie es sein sollte“ führte der Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft, Univ.Prof. Dr. Hans Hautmann, unter anderem aus:

„Die Alfred Klahr Gesellschaft, deren Präsident ich seit der Gründung im Jahr 1993 bin, sieht es als ihre Verpflichtung an, das Gedenkjahr des 100. Geburtstages und 60. Todestages von Alfred Klahr zum Anlass zu nehmen, um diesen Vordenker der österreichischen Nation zu würdigen. Das offizielle Österreich hat das nicht getan, obwohl es dazu allen Grund hätte. Zum Ausdruck kam diese Haltung, eine Mischung von Gleichgültigkeit, Indolenz und Abneigung, in der Ablehnung unseres Antrags, im Jahr 2004 eine Sonderbriefmarke Alfred Klahr herauszugeben, ein Antrag, der von einer ganzen Reihe namhafter Historikerinnen und Historiker sowie Politiker unterstützt wurde, so von Erika Weinzierl, Lorenz Mikoletzky, Ernst Bruckmüller, Wolfgang Häusler, Félix Kreissler, Wolfgang Neugebauer, Bürgermeister Michael Häupl und anderen. Die Begründung der Ablehnung seitens der zuständigen Stelle

der Postverwaltung erschöpfte sich in dubiosen Formalkriterien; die wahre Ursache liegt aber auf der Hand: in der nach wie vor unüberwindbaren Aversion, einen Kommunisten zu ehren. Umso mehr obliegt es allen jener, die um die Bedeutung Alfred Klahrs für die Erkämpfung eines Bildes der wahren österreichischen Identität Bescheid wissen, dem gegenzusteuern. Unser Symposium soll dazu einen Beitrag leisten.

(...) Im Jahr 1828 erschien ein Buch mit dem Titel ‚Austria as it is‘, das eine beißende Kritik am Metternich-Regime des Vormärz enthielt. Der Verfasser war Karl Postl, ein Deutschmährer, der 1823 in die USA emigrierte und dort unter dem Namen Charles Sealsfield zu einem berühmten Schriftsteller wurde. Der Titel ‚Österreich wie es ist‘ und der Inhalt, die kritische Analyse des Herrschaftssystems in Österreich, haben mich inspiriert, meine Ausführungen über Alfred Klahr und die Aktualität seiner Grundanschauungen ähnlich zu benennen.

Welche Bedeutung hat die Konzeption Alfred Klahrs für uns heute, in einer Situation, in der sich gegenüber 1937, als er seine theoretische Studie verfasste, so vieles in Österreich und um Österreich herum in Europa und der Welt verändert hat?

Alfred Klahr hat das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, Österreichs Befreiung und das Wiedererstehen unseres Staates nicht mehr erlebt. Er ist, aus dem Konzentrationslager Auschwitz geflohen, im Sommer 1944 von der SS in Warschau erschossen worden. Er konnte es nicht wissen, aber wir wissen es heute, dass seine Ideen einen Prozess in Gang gesetzt haben, der in der Zeit der Auslöschung Österreichs ein identitätsstiftendes Bewusstsein schuf, das dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur eine historische Perspektive gab und in der 2. Republik jenen demokratischen Konsens ermög-

lichte, der Österreich politische Irrwege wie die nach 1918 ersparte.

Alfred Klahr war Kommunist, und seine Äußerung aus dem Jahr 1937, die wir als Motto dem Tagungsprogramm vorangestellt haben, nämlich dass „*Österreich der Staat des österreichischen Volkes ist, das eine selbständige staatliche und nationale Entwicklung hinter sich hat, das sein weiteres Schicksal selbst bestimmt und aus eigener Kraft seine Lebensfähigkeit sichern will*“, muss sicherlich so verstanden werden, dass er damit ein soziales Österreich meinte, und in weiterer Perspektive ein Österreich auf sozialistischer Grundlage. Dieses Österreich gibt es noch wie vor nicht. Trotzdem hätte er es gewiss begrüßt, dass die gewaltigen Errungenschaften, die durch den antifaschistischen Befreiungskampf der Völker im zweiten Weltkrieg erwirkt wurden, auch in Österreich ihre spezifische Ausprägung fanden: in Form der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, in Form des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 und in Form des Neutralitätsgesetzes vom 26. Oktober 1955. Denn die darin festgeschriebenen Grundsätze stehen in einem unauflösliehen politischen und rechtlichen Zusammenhang und lauten: Staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus und Neutralität. Sie bilden die tragende Säule des staatsrechtlichen Fundaments der 2. Republik und sind Ausdruck der Weiterentwicklung der formal-demokratischen Bundesverfassung der 1. Republik zu einer demokratisch-antifaschistischen Verfassungsordnung nach 1945. Darunter fallen insbesondere die Artikel 6 (über die Menschenrechte), 7 (über die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten), 8 (über die demokratischen Einrichtungen) und 9 (über die Auflösung nazistischer Organisationen) des Staatsvertrages, die 1964 zu Verfassungsgesetzen erhoben wurden und damit Bestandteil des

geltenden österreichischen Verfassungsrechts sind. Alfred Klahr hätte es sicherlich mit Genugtuung gesehen, dass die österreichische Verfassungsordnung der 2. Republik also keinem abstrakten Pluralismus verpflichtet ist, sondern eine eindeutig demokratisch-antifaschistische Struktur aufweist. Es wird für alle, die sich dem verpflichtet fühlen, eine Aufgabe sein, darauf zu achten und dafür einzutreten, dass bei der Ausarbeitung der neuen österreichischen Verfassung diese Grundsätze erhalten bleiben und nicht verwässert werden.

Denn diese demokratisch-antifaschistische Grundorientierung samt dem Status der Neutralität hatte und hat ihre offenen wie heimlichen Feinde. Es ist hier nützlich, daran zu erinnern, dass der Vorläufer der Freiheitlichen, der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), am 26. Oktober 1955 im Nationalrat gegen das Neutralitätsgesetz stimmte, womit die FPÖ für sich beanspruchen kann, immer schon gegen die Neutralität gewesen zu sein. Und es hat immer Kräfte bei uns gegeben, die die Neutralität als eine ausschließlich militärische ansahen und alternative Konzepte zur Abrüstung, Entmilitarisierung und Friedenssicherung, wie sie von der Friedensbewegung vorgeschlagen wurden, unberücksichtigt ließen. Ein Hauptstützpunkt dieser Kräfte war das Offizierskorps des Bundesheeres, das konsequenterweise nach dem Verschwinden der europäischen kommunistischen Staaten 1989/91 der vehementeste Befürworter der Aufgabe der Neutralität und des Beitritts zur NATO ist.

Die heimlichen Gegner sind unter jenen zu finden, die sich als eigentliche „Stützen der Gesellschaft“ verstehen. Es sind das die Wirtschaftsmächtigen in unserem Land. Um deren Motive klarzulegen, muss man bis zum Epochenjahr 1918 zurückgehen. In diesem Jahr des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie verlor die real herrschende Schicht, das deutschösterreichische Industrie- und Bankkapital, mit einem Schlag seine ökonomische Führungsposition im Rahmen einer europäischen Großmacht. Diesen Sturz von den wirtschaftlichen Kommandohöhen in Mittel- und Südosteuropa hat das österreichische Großkapital nie verwunden. Von daher stammt das Gerede von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs, das die gesamte 1. Republik durchzieht, stammen die diversen „Donaukonföderations“-Pläne, die Anschlusspropaganda, die „Mitteleuropa“-

Idee, das Wort vom „Verhungern in der Neutralität“, und schließlich die erfolgreich durchgezogene Kampagne für den Vollbeitritt zur EU.

Was für diese Kreise schlecht war, war für die breite Masse der Menschen in unserem Land naturgemäß gut. Niemals haben die Österreicherinnen und Österreicher bessere Jahre erlebt als in



den Dezennien nach 1955, in denen sich unsere Machtinhaber genötigt sahen, Staatsvertrag und Neutralität zu achten, als auf dieser Basis der Kleinstaat Österreich eine weltweit anerkannte friedenserhaltende und friedensvermittelnde Rolle spielte, als die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West das heimische Unternehmertum zwang, Österreich als Schaufenster einzurichten, auf das die Menschen hinter dem so genannten „eisernen Vorhang“ sehnsüchtig blicken sollten wegen des hohen Lebensstandards. Und dieser Systemkonkurrenzdruck brachte den Österreichern das ein, was nun Stück für Stück in Trümmer geschlagen wird: sichere Arbeitsplätze, ein dichtes soziales Netz und permanente, beträchtliche Reallohnzuwächse.

Wie man sieht, gehen die Angriffe gegen die sozialen Errungenschaften organisch Hand in Hand mit den Attacken gegen den Neutralitätsstatus. Beide haben nämlich eine gemeinsame Wurzel: den – wie behauptet wird – „unnatürlichen“ Zustand zu beenden, in dem sich Österreich seit 1918 und, erneuert und international festgeschrieben, seit 1955 befand, einen Zustand, der deshalb als „unnatürlich“ und „durch die Geschichte überholt“ hingestellt wird, weil er der freien Entfaltung der tatsächlichen ökonomischen Potenzen des österreichischen Großkapitals

hemmend im Wege stand. Mit dem EU-Beitritt und der EU-Osterweiterung will man jetzt wieder dort anknüpfen, wo der Faden gerissen ist, an jenen Zustand vor dem Ersten Weltkrieg, als die Führungsschichten des Habsburgerreiches im Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte erfolgreich mitmischten, expandierten, Einflussphären hatten, Machtpositionen in Mittel- und Südosteuropa besaßen.

Sind die Behauptungen, dass die Neutralität nach dem Ende der Konfrontation der beiden Weltsysteme überholt sei, richtig? Sie sind es ganz und gar nicht. Wir leben nach wie vor in einer friedlosen Welt, in einer Zeit, in der die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die Gegensätze zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wie in der internationalen Weltarena fortbestehen, und in der sie sich durch Kriege wie den der USA gegen den Irak sogar verschärfen.

Mit der Propaganda für das „europäische Sicherheitssystem“ steht es nicht anders. Mit diesem Begriff wird etwas vorgegaukelt, was dem Einzelnen persönliche Sicherheit verspricht, der aber in der Realität neue Aufrüstung und neue militärische Strategien beinhaltet. Alle Österreicherinnen und Österreicher, die sich den Idealen einer friedlichen und gerechten Weltordnung verpflichtet fühlen, sind deshalb aufgerufen, den Versuchen der Zertrümmerung eines Hauptfundaments unseres staatlichen Seins entgegenzutreten und die Neutralität unseres Landes zu bewahren.

Handeln sie so, dann handeln sie sicherlich im Sinne Alfred Klahrs und eines Österreichs, wie es sein sollte, denn wahrer österreichischer Patriotismus heißt Bekenntnis zur Neutralität als jener Orientierung, die dem Status unseres Landes als Kleinstaat wie auf den Leib geschneidert ist und deren Proklamation am 26. Oktober 1955 endlich das war, wohin man nach langen Irrungen und Wirrungen gelangte: der Weg Österreichs zu sich selbst, zu seiner eigentlichen Bestimmung unter den europäischen Völkern, als Land der Nichtpaktgebundenheit mit friedenserhaltender und friedensvermittelnder Rolle, abhold allen kriegerischen Abenteuern.

Dieses Österreich, wie es sein sollte und wie es von der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gefühlmäßig befürwortet wird – denken wir nur an die breite Zustimmung zur Neutralität – ist heute zuhöchst gefährdet. Denn in wenigen Wochen soll in Rom die europäische Verfassung unterzeich-

net werden, die eine militärische Beistandsverpflichtung enthält, die sogar strikter ist als die entsprechende Klausel im NATO-Vertrag. Diese Bestimmung steht in offenem Widerspruch zur Neutralität. Es ist daher zu fordern, dass darüber – so wie in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Polen und weiteren insgesamt 11 Mitgliedsländern der EU – auch in Österreich eine Volksabstimmung durchgeführt wird.

Alfred Klahrs Vermächtnis zu erfüllen heißt heute Eintreten für die Unabhängigkeit Österreichs, für die Neutralität unseres Landes und gegen die EU-Verfassung. Es ist das kein bornierter, rückwärtsgewandter Nationalismus, den es in Österreich auch gibt und den wir kennen gelernt haben, als im Jahr 2000 die Europäische Union wegen der Bildung der schwarzblauen Regierung Sanktionen über Österreich verhängte, als das, was man als falsches österreichisches Nationalbewusstsein, falsche österreichische Identität, falschen österreichischen Patriotismus zu kennzeichnen hat, förmlich überschwappte und uns damals tagtäglich aus den Leserbriefseiten der „Kronen-Zeitung“ entgegenblickte. Klahrs Konzeption ist das gerade Gegenteil davon, denn sie fußt auf den progressiven Traditionen unserer Geschichte, sie knüpft an jene Bewegungen an, die ein anderes, ein von Unterdrückung und Ausbeutung freies, ein demokratisches und soziales Österreich wollten. Und Klahrs Konzeption einer wahren österreichischen Identität ist damals wie heute nur möglich und realisierbar als sozialer Kampf jener, die den gesellschaftlichen Reichtum in unserem Land schaffen, gegen jene, die ihn sich aneignen. Will man in diese Richtung etwas weiterbringen, so liegt es auf der Hand, sich auch heute von den Erkenntnissen leiten zu lassen, die aus dem Werk Alfred Klahrs gewonnen werden können.“

Wolfgang Häusler beleuchtete in seinem Beitrag die persönliche und politische Entwicklung Ernst Karl Winters. Winter, von der austrofaschistischen Führung nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 zum Vizebürgermeister von Wien ernannt und mit dem Versuch eines Brückenschlags zur besiegten Arbeiterschaft betraut, wird in der wissenschaftlichen Forschung neben Alfred Klahr als der zweite wichtige Theoretiker der eigenständigen nationalen Entwicklung des österreichischen Volkes genannt. In mehreren Aufsätzen und in einer zweibändigen Studie über den

Habsburger-Herzog Rudolf den Stifter kämpfte er, indem er den Nachweis einer eigenständigen Entwicklung der österreichischen Länder seit dem Hochmittelalter erbrachte, gegen die Vorherrschaft des Deutschnationalismus in der österreichischen Geschichtsschreibung an. Häusler zeigte in seinem Referat, dass diese theoretische Leistung E. K. Winters erst möglich wurde, nachdem er die antisemitischen und antisozialistischen Vorurteile seiner Jugend aufgegeben hatte. Obwohl „kaltgestellt“, weil er sich vehement gegen eine „Verständigung“ des Regimes mit den illegalen Nazis wehrte, versuchte E. K. Winter bis in die Märztag 1938 hinein, die Führung des Ständestaates um Schuschnigg zum Widerstand gegen den drohende Annexion zu bewegen.

Winfried R. Garscha zeichnete in seinem Referat die theoretischen Diskussionen in der kommunistischen Bewegung (vor allem auf dem VII. Weltkongress der Komintern) nach. Klahr stützte sich auf Stalins „Marxismus und nationale Frage“, trug aber zur Weiterentwicklung der marxistischen Theoriebildung insofern bei, als er der Herausbildung des Nationalbewusstseins größere Bedeutung beimaß und sie als dynamischen, von der Politik beeinflussbaren Prozess ansah.

Félix Kreissler zeigte als dritter Referent am Beispiel österreichischer und französischer Publikationen auf, welchen Einfluss die Erkenntnisse Alfred Klahrs während des zweiten Weltkriegs und in der Zeit danach auf die Auseinandersetzungen zur nationalen Frage selbst dort hatten, wo nicht ausdrücklich auf ihn Bezug genommen wurde. Einen besonderen Stellenwert räumte Kreissler Kurt Blaukopf ein, dessen Text „Nationale Probleme der österreichischen Geschichte“ 1944 von Willy Verkauf vom „Free Austrian Movement“ in Palästina publiziert worden war.

In der abschließenden einstündigen Diskussion wurden Ergänzungen inhaltlicher Art gebracht, Forschungslücken thematisiert und Fragen der Aktualität der Konzeptionen Alfred Klahrs für das Österreich der Gegenwart aufgeworfen. Sie verlief lebhaft und anregend.

Das von 10 bis 14 Uhr dauernde Symposium war ausgezeichnet besucht, was verdeutlicht, wie sehr die Tätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft ihren Mitgliedern – und über sie hinaus SympathisantenInnen aus einem breiteren Kreis der Öffentlichkeit – am Herzen liegt.

HANS HAUTMANN

Neuerscheinung

Willi Weinert:

„**Mich könnt ihr löschen,
aber nicht das Feuer**“

Ein Führer durch den Ehrenhain der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof für die hingerichteten WiderstandskämpferInnen (Mit einem Beitrag von Heimo Halbrainer)

Aus dem Inhalt:

Auf dem Weg in den Tod / Vom Erinnern: „... später wird es Gewohnheit und darüber hinaus vergessen.“ / Hinrichtungen im Wiener Landesgericht / Zum Umgang mit den Leichen der Hingerichteten / Die Gruppe 40 – eine kurze Chronik / Lebensdaten von mehr als 500 Personen der Gruppe 40

Anhang: Steirer als Opfer der Wiener Blutjustiz 1942/43 (Heimo Halbrainer) / Im Schatten des Fallbeils. Die Hinrichtungen im Grauen Haus (Ewald Sator) / Ich war sieben Monate in der Todeszelle (Edith Schober) / Ihre Söhne starben für Österreich (Berta Brichacek) / Briefe und Kassiber von Oskar Klekner

192 S., ca. 400 Abbildungen (davon 350 Porträts der Hingerichteten); Lageplan und Gräberverzeichnis der Gruppe 40
15.– Euro (exkl. Versandkosten)



Bestellungen an:
willi.weinert@aon.at oder die Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien (klahr.gesellschaft@aon.at oder per FAX an 01/982 10 86-18).

Über die Prager Historikerin, Bibliothekarin und Frauenrechtlerin Käthe Spiegel

Eine erste Annäherung

GERHARD OBERKOFER

Die in Prag am 19. November 1898 geborene Käthe Spiegel, einzige Tochter des von Tschechen wie Deutschen gleichermaßen hoch geachteten Professors an der Juristischen Fakultät der Prager Deutschen Universität Ludwig Spiegel (1864–1926) und der Clara geb. Spiegel (gest. in Prag, Jänner 1941), hat am 2. Juli 1915 die Reifeprüfung am Öffentlichen Deutschen Mädchenlyzeum in Prag mit ausgezeichnetem Erfolg abgelegt. Das Lyzeum war im deutschen Bildungsbürgertum von Prag sehr angesehen und von hohem Niveau. Auch die spätere Medizin-Nobelpreisträgerin Gerty Radnitz(-Cori) (1896–1957) hat diese Schule besucht (Matura 1912). Die Familie Spiegel bekannte sich zur israelitischen Religion und wohnte in Prag, 1832-II. Tyršova ul. 7, zusammen mit dem jüngeren Bruder von Ludwig Spiegel, Emil Spiegel (1869–1923), dessen „Gedichte eines deutschen Juden“ Friedrich Thieberger (1888–1958) herausgegeben hat. Nach zweijährigem Privatunterricht legte Käthe Spiegel am 2. Juli 1917 eine Ergänzungsreifeprüfung mit stimmeneinhelligem Erfolg am k. k. Deutschen Staats-Realgymnasium ab. Im Herbst 1917 begann Käthe Spiegel an der Deutschen Universität Prag mit dem Geschichtstudium, eine Ergänzungsprüfung aus Griechisch bestand sie am 21.3.1919. Als Schülerin des 1941 nach Theresienstadt deportierten Historikers Samuel Steinherz (1857–1942) promovierte sie am 21.6.1921 mit einer Arbeit über die Prager Universitätsunion (1618–1654) (Prag 1931, 189 S.; Handschrift. Tschechische Nationalbibliothek Prag, Signatur Diss. Phil. Fakultät D 225) zum Doktor der Philosophie. Am Ende ihres Studiums war Käthe Spiegel Stellvertreterin des Obmanns der „Lese- und Redehalle der deutschen Studenten“, deren Ehrenmitglied ihr Vater war. Bis zum Tode ihres für das Studienjahr 1926/27 zum Rektor der Deutschen Universität gewählten Vaters, dessen Begräbnis, begleitet von Abschiedsreden des deutschnationalen katholischen Theologen August Naegle (1869–1932) und des Rabbiners Isidor Hirsch von Prag – Karolinenthal am israelitischen

Friedhof Straschnitz auch eine Manifestation der Deutschen Universität war, arbeitete sie als dessen Sekretärin und begann sich mit Unterstützung ihres familiären Umfeldes auf eine eventuelle akademische Laufbahn als Historikerin vorzubereiten. Käthe Spiegel nahm an den Internationalen Hochschulkursen in Wien im Sommer 1924 und an den Sommerkursen der Cooperation Intellectuelle in Genf im Sommer 1926 teil. Vom Oktober 1927 bis Oktober 1929 konnte Käthe Spiegel über Empfehlung des Nationalökonomen Alfred Ammon (1883–1962) und Samuel Steinherz als Fellow der Rockefeller-Foundation in den USA studieren, wo sie sich vor allem in der Library of Congress in Washington, aber auch an vielen Universitäten und in Historischen Gesellschaften und Archiven über die mentalen und sozialen Bedingungen der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung ein authentisches Bild machen konnte. Ihr wichtigster Supervisor in den USA war der Direktor der Library of Congress in Washington John Franklin Jamerson (1859–1937). Die wissenschaftlichen Ergebnisse ihres US-Aufenthaltes wurden von Friedrich Meinecke (1862–1954) und Hermann Oncken (1869–1945) – beide Historiker wurden von den Nazis nach 1933 wegen ihrer liberalen Haltung isoliert – unter dem Titel „*Kulturgeschichtliche Grundlagen der Amerikanischen Revolution*“ 1931 in die Beihefte der renommierten Historischen Zeitschrift als Monographie aufgenommen. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode (1893–1984) hat das „*Dem Andenken meines geliebten Vaters, der mir Freund und Führer war, dankbar zugeeignet/e/*“ Buch von Käthe Spiegel in der von den Deutschen Akademien gemeinsam herausgegebenen Deutschen Literaturzeitung (24. Juli 1932, Sp. 1424–1430) mit großer Wertschätzung besprochen und gemeint, „*es sei eine sehr beachtliche Leistung, die uns den weiteren Arbeiten der Verfasserin mit Spannung entgegensehen lässt*“.

Im Sommersemester 1933 inskribierte Käthe Spiegel, die von einem Spitzenorgan der deutschen Geschichtswissenschaft, der „Historische Zeitschrift“, schon als Rezensentin von Neuerschei-

nungen zur amerikanischen Geschichte herangezogen wurde, an der Wiener Universität und besuchte Seminare bei Heinrich v. Srbik (1878–1951) und Wilhelm Bauer (1877–1953). Sie wohnte in Wien VII/2, Lindengasse 35, Tür 15 und hat sich in das Nationale der Philosophischen Fakultät Wien mit deutscher Volkszugehörigkeit und israelitischer Religion eingetragen. Vor allem nutzte Käthe Spiegel die Gelegenheit ihres Aufenthaltes in Wien, um im Haus- Hof- und Staatsarchiv, Hofkammerarchiv und Kriegsarchiv sich mit völkerrechtlichen Aspekten der Gefangennahme des in kurkölnischen und französischen Diensten stehenden Wilhelm Egon von Fürstenberg (1629–1704) im Zusammenhang mit der Frage des europäischen Friedens in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts zu befassen. Das war damals ein für die Neuere Geschichte Europas interessantes Thema. Vom 1. Oktober 1933 bis zum 31. Juli 1934 war Käthe Spiegel als wissenschaftliche Hilfsbeamtin im Landesarchiv von Böhmen mit der Herstellung von Regesten aus englischen Akten beschäftigt. In dieser Zeit bestand sie mit ausgezeichnetem Erfolg die Dekanatsprüfung aus der tschechischen Sprache. Im Studienjahr 1934/35 besuchte sie den Bibliothekskurs an der philosophischen Fakultät der (tschechischen) Karls-Universität Prag und legte am 17. Juni 1935 die erste Prüfung mit bestem Erfolg ab. 1935/36 absolvierte sie den zweiten Jahrgang und war seit 1. Oktober 1935 als wissenschaftliche Hilfsbeamtin an der National- und Universitätsbibliothek in Prag fest angestellt.

Die von Käthe Spiegel publizierten historischen Arbeiten sind kreativ und flüssig geschrieben und von sehr hohem Niveau. Sie konnte mit Recht auf akademische Anerkennung hoffen. Dennoch scheiterte ihr am 12. Oktober 1931 bei der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität eingebrachte Ansuchen um Habilitation für das Fach Neuere Geschichte. Der Breslauer Professor Gisbert Beyerhaus (1882–1960), der Käthe Spiegel von ihrer verdienstvollen Mitarbeit an der in seinem Institut in Breslau herausgegebenen „*Osteuropäischen Bibliographie*“ persönlich kannte, schrieb über ihre Arbeit zur Geschichte der amerikanischen

Unabhängigkeitsbewegung ein anerkennendes Gutachten (3. Dezember 1932: „/.../ Hierbei verrät die Verfasserin einen politisch freien Blick und ein besonders feines Gefühl für Akzente. /.../ Das Buch von Fräulein Dr. Käthe Spiegel bedeutet eine selbständige wissenschaftliche Leistung und eine wesentliche Bereicherung der historischen Forschung.“). Aber trotz einer von Wilhelm Wostry (1877–1951), Professor für tschechoslowakische Geschichte, konzipierten Gesamtempfehlung (6. November 1932) der von der philosophischen Fakultät der Deutschen Universität eingesetzten Habilitationskommission, der außer Wostry der Professor für Alte Geschichte Victor Ehrenberg (1891–1976), der sich 1939 in die Emigration retten konnte, und der später als Naziverbrecher abgeurteilte Professor für osteuropäische Geschichte Josef Pfitzner (1901–1945) sowie der 1942 nach Theresienstadt deportierte Professor für römische und griechische Geschichte Arthur Stein (1871–1950) und der Professor für Historische Hilfswissenschaften Heinz Zatschek (1901–1965) angehörten, wurde das Ansuchen nach längerem Hin und Her im Jänner 1933 aus fadenscheinigen Gründen, hinter denen antisemitische und frauenfeindliche Ressentiments steckten, von der philosophischen Fakultät mehrheitlich abgelehnt. Es war diese wissenschaftlich nicht begründbare Zurückweisung für Käthe Spiegel schon ein gefährliches Signal, dass sich die liberalen Professoren an der Deutschen Universität wie Ehrenberg oder Stein gegenüber den forciert deutschnationalen und den opportunistischen Professoren schon in der Minderheit befanden. Wahrscheinlich hat sie das so nicht gesehen. Am 9. Juni 1936 versuchte Käthe Spiegel erneut, diesmal mit ihrer 1936 „Meiner lieben Mutter“ gewidmeten Arbeit über „Wilhelm Egon von Fürstenbergs Gefangenschaft und ihre Bedeutung für die Friedensfrage 1674–1679“ um Zulassung als Privatdozentin an. Ihre Studie war von den Bonner Professoren Max Braubach (1899–1975) und Franz Steinbach (1895–1964), beide waren Spezialisten für die von Käthe Spiegel bearbeiteten Periode, in das „Rheinische Archiv“ aufgenommen worden. Diesmal fiel das Habilitationsgesuch von Käthe Spiegel schon zu Beginn des Verfahrens in die Hände des offen reaktionären sudetendeutschen Historikers Anton Ernstberger (1894–1966), seit 1935 Professor für Allgemeine Geschichte an der Deutschen Universität, der, unterstützt von Pfitzner und vom militant völkisch auftretenden Professor für mit-

telalterliche Geschichte Gustav Pirchan (1881–1945) sowie von Wostry und Zatschek, das Ansuchen von Käthe Spiegel mit scharfen Formulierungen („wegen unzulänglicher wissenschaftlicher Befähigung der Habilitationswerberin“) zurückwies (6. November 1936). Eine pseudowissenschaftliche Argumentationslinie diente diesen deutschen Professoren als Kulisse für ihren rassistischen Antisemitismus. Die akademische Laufbahn, die der hochbegabten Käthe Spiegel in den zwanziger Jahren noch offen gestanden ist, blieb ihr jetzt durch die Naziideologie einflussreicher Professoren verschlossen. Aber es sollte für Käthe Spiegel noch weit schlimmer kommen.

Ab 1.10.1935 war Käthe Spiegel als Bibliothekarin an der National- und Universitäts-Bibliothek in Prag angestellt, wo sie neben den Bibliotheksaufgaben

speziell für den Post- und Auslandsverkehr verantwortlich war. Es war eine trügerische Sicherheit in Prag, obschon dort viele Emigranten über die Verbrechen der Nazis und die drohende Kriegsgefahr authentisch erzählen konnten. Wegen der Diskriminierung, die sie als Frau und Wissenschaftlerin erleben musste, hatte Käthe Spiegel begonnen, sich stärker in der sudetendeutschen bürgerlichen Frauenbewegung der CSR zu engagieren. Sie beteiligte sich an den Arbeiten der deutschen Hauptstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag und betonte immer wieder die Notwendigkeit einer möglichst qualifizierten Berufsausbildung für junge Frauen. Im April 1935 nahm Käthe Spiegel als delegierte Vertreterin des Prager „Deutschen Vereins Frauenfortschritt“, in dem sie als Ausschussmitglied eine führende Position

(Vorläufiges) Schriftenverzeichnis von Käthe Spiegel

Vom Karolinum. In: 71. Jahresbericht der Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag. 1922. Prag 1923, 3–29.

Die Prager Universitätsunion (1618–1654). In: Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen 62. Jg. (1924), 5–94.

Die Prager Juden zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. In: Die Juden in Prag. Bilder aus ihrer tausendjährigen Geschichte. Festgabe der Loge Praga des Ordens B'nai B'rith zum Gedenktage ihres 25jährigen Bestandes. Prag, 1927, 107–186.

I. Amerikanische Geschichtsprobleme und

-arbeiten. II. Das Rechtsleben der amerikanischen Kolonialzeit. Sammlung Gemeinnütziger Vorträge. Nr. 614/15, April–Mai 1930. Prag, 1930, 32 S.

Die Erziehung der amerikanischen Frau. In: Die sudetendeutsche Frau. Unabhängige Monatschrift, Jg. V, 1930, Nr. 8, S. 5 f. und Nr. 9, S. 5–8.

Bauten und Innenräume aus Amerikas Kolonialzeit. In: Hochschulwissen. Monatschrift für das deutsche Volk und seine Schule. Prag – Warnsdorf 1930, 853–863.

Kulturgeschichtliche Grundlagen der amerikanischen Revolution (=Beiheft 21 der Historischen Zeitschrift). München-Berlin 1931, VI und 214 S.

Charakterzüge der amerikanischen Geschichte. In: Historische Vierteljahrsschrift 28 (1934), 119–141.

Wilhelm Egon von Fürstenbergs Gefangenschaft und ihre Bedeutung für die Friedensfrage 1674–1679 (=Rheinisches Archiv 29). Bonn 1936, VIII und 186 S.

Vom Heiraten. In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XII, 1937, Nr. 4, S. 4 f.

Der Weltbund für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit. In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XII, Nr. 6, S. 7.

Die Staatsbürgerschaft der Ehefrau. In: Die sudetendeutsche Frau.

Jg. XII, 1937, Nr. 9, S. 4–6

Was wollen die Frauen von Heute? In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XII, 1937, Nr. 10, S. 4–6.

Soll sich die Frau für einen Beruf ausbilden? In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XIII, 1938, Nr. 1, S. 3–6.

Was die Statistik von der Frau erzählt. In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XIII, 1938, Nr. 4, S. 4–6.

Die Frau und der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches. In: Die sudetendeutsche Frau. Jg. XIII, 1938, Nr. 2 (Sondernummer), 10 S.

Artikel in der *Bohemia* und *Rezensionen u.a. in der Historischen Zeitschrift und in der Historischen Vierteljahrsschrift*.



„... stupide Kritik an den Theorien von Marx!“ Gustav Groß. Ein früher österreichischer Marx-Biograph (1885)

PETER GOLLER

1885 erschien bei Duncker und Humblot in Leipzig eine frühe Marx-Biographie des Privatdozenten für Nationalökonomie an der Universität Wien Gustav Groß (1856 in Reichenberg/Liberec in Böhmen – 1935 in Wien), dem späteren deutschliberalen Reichsratsabgeordneten, Wortführer des „deutschen Schulvereins in Böhmen“, dem 1911 zum Vorsitzenden des „deutschen Nationalverbandes“ gewählten letzten Präsidenten des k.k. Abgeordnetenhauses von 1917/18, dem später so genannten „Kronjuristen der Deutschen“ in Böhmen. (Vgl. Brigitte

Deschka: *Dr. Gustav Groß, phil. Diss., Wien 1966, hier 6–8.*)

Friedrich Engels hatte Gustav Groß mit einigen biographischen Hinweisen ausgeholfen, wie er in einem Schreiben an den russischen Exilsozialisten und vormaligen Pariser Kommunarden Pjotr L. Lawrow am 12. Februar 1885 schrieb: „Die anderen von Groß angegebenen Tatsachen stimmen ebenfalls, soweit ich mich erinnere (Tussy hat mein Exemplar, ich kann es nicht vergleichen). Ich habe selbstverständlich nichts gemein mit seiner stupiden Kritik an den Theorien von Marx. Er war mir von Wiener So-

zialisten empfohlen worden, stellte mir einige Fragen biographischen Charakters, und ich habe ihm die Tatsachen mitgeteilt.“ Bereits am 13. Jänner 1885 hatte Engels an Karl Kautsky, der dann eine Rezension der Groß'schen Marx-Biographie in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte, geschrieben: „Der Groß scheint ein Rindvieh, aber ein anständiges. Gegen die Biographie kann ich nichts sagen, willst Du seine Theorie-Konfusion verhauen, so beneide ich Dich nicht um die Arbeit.“ (MEW 36, 270, 282f.)

Groß' Marx-Biographie erschien zu einem Zeitpunkt – das Vorwort ist mit „Schloss Heraletz, Ende Juli 1884“ datiert, als die Repression gegen die Arbeiterklasse verschärft wurde, als mit der Bismarckschen bzw. für Österreich mit der Taaffeschen Sozialpolitik „von oben“ – mit ihrer sehr begrenzt wirksamen Gesetzgebung zum Gewerbeinspektorat (1883), dem Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren, dem Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendlichen, mit dem Maximalarbeitstag von elf Stunden (1885) oder mit ihrer Regelung der Unfall- und Krankenversicherung Ende der 1880er Jahre – dem politischen Aufstieg der Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden sollte: Am 30. Jänner 1884 war nach einer Serie von Streikaktionen und (nicht selten polizeilich provozierten) anarchistischen Attentaten der Ausnahmezustand über Wien, Korneuburg und Wiener Neustadt verhängt worden, um die dort einflussreiche radikal sozialrevolutionäre Arbeiterbewegung – ähnlich dem deutschen „Sozialistenverbot“ – im Wege von Entlassungen, Ausweisungen oder abschreckenden Gerichtsurteilen zu zerschlagen. (Vgl. Hans Hautmann und Rudolf Kropf: *Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974, 62–79* und Anna Staudacher: *Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Die andere Arbeiterbewegung vor Hainfeld, Wien 1988, 269–276.*)

Gustav Groß, der auch den biographischen Artikel über Karl Marx für die von der bayerischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene „Allgemeine Deutsche Biographie“ (Leipzig 1884, 20. Band, 540–549) verfasst hatte, und der für Gustav Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirt-

→ einnahm, am 12. Internationalen Frauenkongress in Istanbul teil. In den „Prager Deutsche Sendungen“ sprach sie nach ihrer Rückkehr über ihre Eindrücke „Von der türkischen Frau“. In der Zeitschrift „Die sudetendeutsche Frau. Unabhängige Monatsschrift“ publizierte Käthe Spiegel einige Artikel, insbesondere gestaltete sie im Februar 1938 die Sondernummer „Die Frau und der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches“. Es war dies ihr ausgearbeitetes Referat, das sie als Delegierte des Deutschen Vereins „Frauenfortschritt“ in Prag auf der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Frauenvereinigungen in Reichenberg am 30. und 31. Oktober 1937 gehalten hat.

Nach der deutschen Okkupation und Zerschlagung der CSR (15. März 1939) verlor Käthe Spiegel Anfang 1940 ihre Stelle an der Bibliothek. Sie war jetzt nicht mehr eine engagierte sudetendeutsche Frau mit israelitischem Bekenntnis, sondern nach den Nürnberger Gesetzen „Volljüdin“. Die American Association of University Women, die Vorbereitungen für ihre Flucht traf, konnte nichts mehr für sie tun. Dieser Organisation hat Käthe Spiegel im Februar 1940 verzweifelt geschrieben: „Last month my mother (with whom I lived) died and some days later I lost my position in the library. Now I have to find a new start“. Von den Nazis wurde Käthe Spiegel mit einem der ersten Todestransporte (B-803) aus Prag am 21. Oktober 1941 in das Ghetto nach Lodz deportiert. Ihr Todesdatum ist bisher unbekannt.

1926 haben die deutschen Zeitungen von Prag mehrere Nachrufe und Trauer-

anzeigen auf Ludwig Spiegel abgedruckt: „Stets werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Fiducit“ – so bekräftigte der Ausschuss der Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag in seiner Traueranzeige. 15 Jahre später schaute die Mehrheit der sudetendeutschen Studenten und Professoren der Liquidierung ihrer jüdischen Landsleute zu. Wie rasch kann sich menschliches Denken in barbarisches Denken rückentwickeln! Über Käthe Spiegel findet sich nirgends eine Trauernotiz. In den USA hat nach 1945 der dorthin emigrierte Prager Rechtshistoriker Guido Kisch (1889–1985), der ein Schüler von Ludwig Spiegel und Freund der Familie war, eine kleine Erinnerung an Käthe Spiegel in der *Historia Judaica* (New York 1947, 193 f.) geschrieben.

Anmerkung:

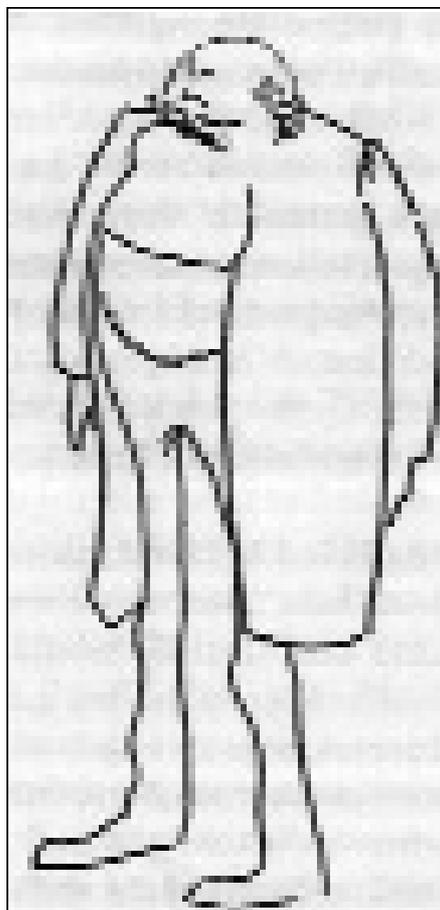
Dieser Artikel erscheint auch in Tschechisch in dem von der tschechischen Nationalbibliothek herausgegebenen Bulletin plus. Der Autor bereitet eine separate Broschüre über Ludwig Spiegel und seine Tochter Käthe Spiegel vor. Er darf sich jetzt schon für stets freundliche Unterstützung von Archiven und Bibliotheken zu bedanken. Insbesondere dankt er der seinerzeitigen Gastfreundschaft am Archiv der Karls-Universität Prag (Prof. Dr. Jan Havránek) und der großzügigen, spontanen Hilfsbereitschaft der Tschechischen Nationalbibliothek (Josef Hrdlicka und Mgr. Jindřiška Pospíšilová). Freundliche Auskunft haben das Archiv Center der Rockefeller Foundation (Beth Jaffe), das Wiener Universitätsarchiv (HR Dr. Kurt Mühlberger) und das Studienzentrum Theresienstadt (Johannes Peterleithner) gegeben.

schaft“ (1886, 10. Jahrgang, 587–596) den zweiten, von Engels redigierten Band des „Kapital“ rezensieren sollte, schrieb die Marx-Biographie 1884 in einem Zeitpunkt, als auch andere österreichische Professoren sich in diesem politischen Zusammenhang der „Marx-Widerlegung“ zuwandten:

Eugen Böhm-Bawerk (1851–1914), mit Carl Menger und Friedrich Wieser Exponent der Wiener „Grenznutzentheorie“, der 1884 als damaliger Innsbrucker Universitätsprofessor im ersten Band von „Kapital und Kapitalzins“ meinte, dass ein großer Teil seiner Rodbertus-Kritik einfach auf Marx übertragen werden kann, der die bisherige auf der „Enthaltbarkeitstheorie“ beruhende Marx-Kritik (von Bastiat oder Roscher) als ungeeignet zur ihm höchst notwendig scheinenden Widerlegung des Sozialismus qualifizierte, der seine Leser durch ausführliche Belege aus Marx' „Kapital I“ mit „der dialektischen Eigenart des Autors“ vertraut machen will, zitierte auch Marx'sche Abschnitte zur Arbeits- und Mehrwerttheorie, u.a. „Das Kapital ist also nicht nur Kommando über Arbeit, wie A. Smith sagt. Es ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwerth, in welcher besonderen Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später krystallisire, ist seiner Substanz nach Materiatur unbezahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwerthung des Kapitaales löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit.“ (Marx zitiert nach Böhm-Bawerk 1884, 426) Böhm-Bawerk zitierte Marx, um ihm „größere Denkfehler“ und „Leichtfertigkeit im Behaupten und Schließen“, „leichtfertige, beweislose Präsumtionen“ zu unterstellen: „Wir werden somit, ohne Marx irgendwie Unrecht zu thun seinen Versuch, die Wahrheit seiner Lehre auf deduktivem Weg zu erweisen, als vollständig gescheitert bezeichnen dürfen.“

Böhm-Bawerk erklärte 1884 [!] aber auch, dass seine Abwehr der Marx'schen Arbeits- und Mehrwerttheorie – der „sozialistischen Ausbeutungstheorie“ – nicht zuletzt politisch motiviert ist, da es sich hierbei nicht nur um theoretische Fragen des „Kopfes“, sondern auch um philanthropische Angelegenheiten, in denen „das Herz mitzusprechen pflegt“, handle, „denn gerade in unseren Tagen ist jener Satz [vom Arbeitswert – Anm.] im Begriffe, in immer weiteren Kreisen gleich einem Evangelium angenommen zu werden, während er in Wahrheit nichts als eine von einem großen Manne

einmal erzählte, und von einer gläubigen Menge seither nachgesprochene Fabel ist“. Und Böhm-Bawerk fährt im Ton der professoralen Verachtung der Arbeiterklasse als „Menge“ fort: „Dass vollends die großen Massen solchen Lehren anhängen, versteht sich von selbst. Ihre Sa-



Karikatur von Gustav Groß (1856–1935), eines deutschnationalen Wiener Privatdozenten. Er schrieb 1885 – aus bürgerlich akademischer Sicht – eine der ersten Karl Marx-Biographien.

che kann ja kritische Überlegung nicht sein, sie folgen einfach dem Zuge ihrer Wünsche Sie glauben darum an die Ausbeutungstheorie, weil sie ihnen genehm ist, und obwohl sie falsch ist; und sie würden an sie auch dann glauben, wenn ihre theoretische Begründung noch weit schlechter wäre, als sie es in der That ist.“ (Vgl. Eugen von Böhm-Bawerk: *Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien. (=Kapital und Kapitalzins. Erste Abtheilung), Innsbruck 1884, 418–447.*)

Der Czernowitzer Professor der Nationalökonomie und Staatswissenschaften Friedrich Kleinwächter (1838–1927) stand 1885 dem „wissenschaftlichen Sozialismus“, worunter er in einem Atemzug die Theorien von Rodbertus und Marx verstand, zwar rhetorisch einiges zu, dieser habe „aber dem ungeachtet

den Weg für die Unentbehrlichkeit des kollektiven Grund- und Kapitaleigentum nicht zu erbringen vermocht“. Kleinwächter räumt auch von seinem Katheder herab ein, dass der „wissenschaftliche Sozialismus“ zur Klärung der „sozialen Frage“ beigetragen habe: In „der That wird heute Niemand mehr läugnen wollen, dass der Unternehmer leider in vielen Fällen die Nothlage der Arbeiter benutzt um dieselben mit effektiven Hungerlöhnen abzufinden. (...) Der wissenschaftliche Sozialismus hat endlich die Unhaltbarkeit des Dogmas vom ‚laissez faire‘ in unwiderlegbarer Weise nachgewiesen und damit die Inhaltslosigkeit der manchersterlichen Lehre von der ‚Selbsthilfe‘ und ‚Sparsamkeit‘ dargethan, (...)“

All das bildet den Auftakt zu den Einwänden Kleinwächters gegen die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus, beginnend mit einer Ablehnung von Ferdinand Lassalles „Staatshilfe“. Die Kernthesen von Marx' „Kapital“ wie dessen Werttheorie, dessen Arbeits- und Mehrwerttheorie werden – wie bei Böhm-Bawerk ein Jahr zuvor 1884 – als völlig „unhaltbar“ erklärt: „Ebenso unhaltbar im Prinzip ist – (...) die Rodbertus-Marx'sche Lehre von der Ausbeutung. Kein billig denkender Mensch wird läugnen, dass leider in unzähligen Fällen die Arbeiter vom Unternehmer ausgebeutet werden, dass der Unternehmer sich auf Kosten seiner Arbeiter bereichert, weil er einen Theil des Arbeitsproduktes, der billiger Weise seinen Arbeitern gebühren würde, denselben vorenthält und in seine Tasche wandern läßt, aber daraus folgt noch lange nicht, dass dem Unternehmer (respektive dem Grundbesitzer und dem Kapitalisten) gar nichts gebühre. Es ist eben, wie wir gesehen haben, nicht richtig, dass die sämmtlichen wirtschaftlichen Güter nur durch die eigentlichen ‚Arbeiter‘ hergestellt werden, dass sie daher streng genommen nur diesen Personen allein gehören.“

Kapitals- und Grundrente sind nach Kleinwächter ökonomisch notwendig und rechtlich gedeckt. Da der wissenschaftliche Sozialismus dies weder widerlegen noch die objektive Notwendigkeit des Kollektiveigentums belegen könne, glaubt Kleinwächter feststellen zu müssen, dass der Sozialismus als Wissenschaft über die moralischen Gerechtigkeitsvorstellungen des utopischen Sozialismus von Thomas Morus und Tommaso Campanella nicht hinausgekommen ist: „Das Einzige, was der sog. wissenschaftliche Sozialismus als seine Lei-

stung geltend machen darf, ist, dass er den – allerdings nicht geglückten – Beweis zu erbringen unternahm, dass die Grund- und Kapitalsrente ein ungerechtfertigstes Einkommen sei, während der ältere Kommunismus es als eine keines Beweises bedürftige Tatsache ansah, dass die Reichen ein arbeitsloses Einkommen beziehen. Unsere Untersuchung hat uns zu dem Ergebnisse geführt, dass es dem sog. wissenschaftlichen Sozialismus nicht gelungen ist die Unentbehrlichkeit des kollektiven Grund- und Kapitaleigentums unwiderleglich zu beweisen.“

Kleinwächter schließt in offener Argumentation gegen die gerade mit den Mitteln der Polizeirepression und der Klassenjustiz bekämpfte Arbeiterbewegung: Nein ohne Privateigentum geht es nicht, auch nicht im „sozialdemokratischen Volksstaat“ der Zukunft, das habe Rodbertus zumindest erkannt, so Kleinwächter, der auch unter Berufung auf Rudolf Jhering „das wesentlichste Mittel“ zur effizienten Gestaltung der Produktion und der Rechtsordnung in der „Institution des Privateigentums“ sieht: „Wer die Menschen wie sie sind mit nüchternen Blicken betrachtet, der wird wohl mit Rodbertus bescheiden daran zweifeln dürfen, dass das Eigeninteresse und das Privateigentum als Grundlage für die Organisation der Volkswirtschaft heute schon entbehrt werden könne.“ (Vgl. Friedrich Kleinwächter: *Die Grundlagen und Ziele des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus*, Innsbruck 1885, 222–232. Dazu auch ungezeichnete Rezension von Friedrich Kleinwächter, *Die Grundlagen und Ziele des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus* (Innsbruck 1885), in: *Neue Zeit* 4 (1886), 240.)

Der angehende Innsbrucker Privatdozent Hermann Schullern-Schrattenhofen (1861–1931, später Professor der Nationalökonomie an der Wiener Hochschule für Bodenkultur und ab 1915 an der Universität Innsbruck) polemisiert etwa gleichfalls 1885 in „Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie“ gegen Rodbertus und Marx' Arbeitswerttheorie vom Standpunkt der „kürzlich begründeten neuen Theorie des Güterwerts, der Theorie des ‚Grenznutzens‘“: „Auf ihr basiert der Sozialismus; ist sie nicht beweisbar, so muß er fallen, und bis jetzt ist sie zum Wenigsten nicht bewiesen.“ (Vgl. Hermann von Schullern-Schrattenhofen: *Die Lehre von den Produktionselementen und der Sozialismus*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 44 (1885), 296–325.)

Im gleichen politischen Zusammenhang von Polizeirepression und Taaffescher Sozialreformdebatte eröffnete 1886 der Wiener Zivilrechtsprofessor Anton Menger (1841–1906) von „kathedersozialistischer“ Position aus den Angriff auf Marx und Engels: In seiner viel beachteten Schrift „Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung“ (Stuttgart 1886) formulierte Anton Menger eine Art „juristensozialistischen“ Grundrechts-Entwurf, wie Friedrich Engels 1887 zusammenfasst: „Der Herr Professor entdeckt nun, dass dieser ganze Sozialismus sich juristisch auf drei solcher Schlagworte zurückführen lässt, auf drei Grundrechte. Diese sind 1) das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 2) das Recht auf Existenz, 3) das Recht auf Arbeit.“ Statt der revolutionären Überwindung des Kapitalismus bot Menger eine „neue Ausgabe der Menschenrechte“ an. Friedrich Engels reagierte 1887 mit Spott auf Anton Mengers „Rechtsphilosophie der besitzlosen Volksklassen“, die den Sozialismus unter Bekämpfung der materialistischen Geschichtsauffassung vom Klassenkampf auf den „Rechtsboden“ zurückführen wollte: „Bisher hatten sich diese Herren zu vornehm gehalten, sich mit der theoretischen Seite der Arbeiterbewegung einzulassen. Wir müssen es also großen Dank wissen, wenn endlich einmal ein wirklicher Professor der Rechte, Herr Dr. Anton Menger, sich herablässt, die Geschichte des Sozialismus vom ‚rechtsphilosophischen‘ Standpunkt ‚dogmatisch näher zu beleuchten!‘“

Gegen Menger hält Engels fest, dass dieser den Sozialismus philanthropisch begrüßt und gerade damit verneint, indem er ihn einer „fernen Zukunft“ überantworten will. Marx selbst wird von Menger in das Licht des Unoriginellen (etwa die viel zitierte Abhängigkeit von Lorenz Stein), ja sogar des Plagiats gerückt. Marx verschweige angeblich seine Quellen, William Thompson und andere Frühsozialisten, Engels ironisch: „Auf diese Weise hofft man, mit dem Begründer der proletarischen Weltanschauung und diesem selbst fertig zu werden. Herr Menger hat es unternommen. Man ist nicht Professor für die Katze. Man will auch etwas leisten.“ (Vgl. Friedrich Engels (und Karl Kautsky [?]): *Juristen-Sozialismus*, in: *Neue Zeit* 5 (1887), 49–62, jetzt auch in MEW 21, 491–509.)

Karl Kautsky hat die von Friedrich Engels' angesprochene Groß'sche „Theorie-Konfusion“ unmittelbar nach dem Erscheinen der Marx-Biographie in

der „Neuen Zeit“ beschrieben: „Herr Dr. Groß ist Jurist und Dozent an einer deutschen Universität; (...) als deutscher Professor sind ihm die treibenden Kräfte der politischen und sozialen Entwicklung fremd geblieben und jeder Revolutionär erscheint ihm natürlich als ein Scheusal.“ Kautsky konnte schon 1885 bei Groß die später beliebte, etwa von Werner Sombart in seiner Marx-Gedenkschrift von 1908 geübte „Zweiseelentheorie“ in der bürgerlichen Auseinandersetzung mit Marx beobachten, d.h. man verwarf oder lobte je nach Neigung und Bedarf den „Theoretiker“ bzw. den „Agitator“ Marx: „Kein Wunder, dass es Herrn Dr. Groß unmöglich ist, den Parteiführer Marx mit dem gelehrten Marx zu identifizieren. Der Mann, welcher jene aufreizenden, bluttriefenden Manifeste und Adressen verfasst, ist mir nicht derselbe, wie der tiefe Denker, welcher die ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ und das ‚Kapital‘ geschrieben hat. ‚Vermöge dieser Zweiseelentheorie theilt der Verfasser die Schriften von Marx in zwei gesonderte Gruppen, die der wissenschaftlichen und die der agitatorischen, eine Theilung nach einem sehr äußerlichen und wenig zutreffenden Gesichtspunkte.“ (Vgl. Karl Kautsky: *Rezension von Gustav Groß, Karl Marx (Leipzig 1885)*, in: *Neue Zeit* 3 (1885), 281–283.)

Gustav Groß hatte von Friedrich Engels einige schriftliche Hinweise erhalten, so beruft er sich etwa auf Mitteilungen von Engels über die nicht veröffentlichte Abrechnung mit Bruno Bauer, Max Stirner, also die „Deutsche Ideologie“: „Diese Arbeit ist bisher nicht publiziert worden. Engels beabsichtigt jedoch, wie er mir mittheilt, demnächst einen Auszug daraus zu veröffentlichen.“ (Vgl. Gustav Groß [Dr.jur., Privatdocent an der Universität Wien]: *Karl Marx. Eine Studie*, Leipzig 1885 [82 Seiten], 12, im folgenden kurz: *Groß 1885*.)

Groß erkannte ferner immerhin an, dass er nicht wirklich über die nötigen biographischen und literarischen Kenntnisse verfügte: „Keineswegs konnte es aber in meiner Absicht liegen, eine abschließende Biographie zu liefern. Hiezu kann niemand anders berufen sein, als Marx' literarische Testaments-Executoren, seine Tochter Eleanor Marx und sein Freund Friedrich Engels.“ (*Groß 1885*, V.)

In vielem kommentierte Groß Marx vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Gesetzes- und Staatstreue, klagte über Marx' „gehässigen Ton“. (z.B. *Groß 1885*, 32) Groß wendet gegen Marx'

Beiträge in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ (1843/44) vom nationalliberalen Standpunkt philisterhaft ein, dass sich „schon hier der Mangel jedes Nationalitätsbewusstseins“ zeigt: „Wenigstens ist nicht anzunehmen, dass jemand, der für seine Nation empfindet, in einer nicht allein für deutsche Leser bestimmten Zeitschrift sich so über dieselbe äußern würde.“ (*Groß 1885, 5*) Nicht zufällig neigt Groß dann bei der Kommentierung des Marxschen Konflikts mit Ferdinand Lassalle diesem mit seinem „deutschen Nationalbewusstsein“ zu: „Der deutsche Zukunftsstaat, wie er ihn sich vorstellte, erschien ihm als das Prototyp sittlicher Vollendung.“ (*Groß 1885, 41*)

Der Privatdozent Groß, der Marx unter anderem vorwirft, die Größe eines Friedrich List verkannt zu haben, der Marx' Verhältnis zu Hegel recht unzulänglich als „Loslösung“ bezeichnete, zumal ihm die dialektische Methode nur als Spekulation galt, zeigt sich in hohem Maße irritiert, dass sich Marx „agitatorischen“ Schriften hingegeben hat, wie dem mit Engels verfassten „Manifest der Kommunistischen Partei“. Groß meint, dass mit dem „Kommunistischen Manifest“ „eine gewisse Spaltung im innern Wesen Marx' herbeigeführt“ wurde. Groß tröstet sich und sein akademisches Lesepublikum damit, dass „dieser Widerspruch einigermaßen gemildert [wird] durch die publicistische Thätigkeit Marx', denn hier war er gezwungen, einerseits allzu heftige Ausfälle gegen Capitalismus und Bourgeoisie zu vermeiden, andererseits möglichst gemeinverständlich zu sein, und deshalb seine großen Abstractionen mehr den Tagesereignissen anzupassen. Trotzdem bleibt die Kluft zwischen den beiden Richtungen des Auftretens Marx' eine so tiefe, dass sich eine Darstellung derselben kaum zusammenfassen lässt und es mir räthlicher scheint, dieselben zu trennen.“ (*Groß 1885, 14*)

Bei aller Verteidigung von Marx gegen Kritiker wie Eugen Dühring oder Wilhelm Roscher (*Groß 1885, Seite 81f.*) und bei allen höflichen Bekenntnissen zum „großen“ Werk von Marx zeigt sich Groß vom Kernstück des Marxismus, von der proletarischen Revolutionstheorie von Marx und Engels abgeschreckt: „Auf Deutschland richten die Communisten ihr Hauptaugenmerk“, weil „die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann“. Groß sieht darin die Schrecken der kommunistischen Revolution angekündigt und beruhigt sich mit dem Gedanken: „Glückli-

cherweise haben die Verfasser des Manifestes sich in ihrer letzten Prophezeiung geirrt.“ (*Groß 1885, 23f.*)

Nach Groß haben sich Marx und Engels in den späteren Vorworten zu den Neuauflagen des „Manifests“ 1872 und 1883 von der revolutionären Tendenz verabschiedet und zu Reformisten entwickelt: „Vieles [am Manifest – Anm.] sei allerdings veraltet, so namentlich die vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln.“ (*Groß 1885, 24*)

Groß will seine bürgerlichen Leser auch durch einen Vergleich des „Manifests“ von 1848 mit der maßgeblich von Marx redigierten Adresse der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864 beruhigen. Zwar endet auch die „Adresse“ mit dem Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. „Aber sonst – welcher Unterschied zwischen den beiden Documenten! Nichts mehr von dem himmelstürmenden Ungestüm von 1847, nichts mehr von jener rückhaltlosen Offenheit, welche ihre letzten Ziele völlig enthüllt. An ihre Stelle ist kluge Zurückhaltung und Gemessenheit getreten“. Über das Lob, das Groß in diesem Zusammenhang Marx spendet, muss sich Friedrich Engels gewundert haben: „Was dort [im ‚Manifest‘ von 1848 – Anm.] offen und unverblümt als das Ziel der communistischen Bewegung angesprochen wurde, wird hier [in der ‚Adresse‘ von 1864] kaum angedeutet, so insbesondere die Aufhebung des bürgerlichen Privateigentums. Noch mehr hütet sich die Adresse, die religiösen Fragen zu berühren, Kurz, es ist alles vermieden, woran ein Novize, der in der communistischen Lehre noch nicht fest ist, sich stoßen könnte. (...) Auch die Statuten [der IAA – Anm.] sind derartig, dass deutlich daraus zu ersehen ist, wie es keineswegs in der Absicht der Gründer lag, einen Verein zum Anstiften von Verschwörungen ins Leben zu rufen.“ (*Groß 1885, 35f.*)

Der erste zuverlässige Artikel zu Marx' Biographie erschien erst 1892, verfasst von Friedrich Engels für das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ (*jetzt MEW 22, 337–345*), die eigentlich erste zuverlässige wissenschaftliche monographische Marx-Biographie von Franz Mehring erschien gar erst 1918! Deshalb scheint Groß' Büchlein auch in sozialistischen Kreisen 1885 einige Aufmerksamkeit gewonnen zu haben, wie Andeutungen von Engels zeigen. Auf diese sozialistischen Leser muss diese noch seltene Marx biographische Literatur aber eigenartig gewirkt

haben, so wenn sich der harmoniesüchtig ausgewogene Bildungsbürger Groß vom „Gelehrten“ Marx auch eine Distanzierung von den „Greueln“ der Pariser Kommune von 1871 erwartet, wie er mit Hinweis auf Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ meint, der noch „einseitiger den Parteistandpunkt hervorkehrt“ als der „18. Brumaire“, gleich wie im „Brumaire“ „einzig und allein die Junikämpfer anerkannt werden, so hier die Aufständischen vom 18. März 1871“: „Die Communards hingegen werden als reine Engel und ihr Terrorismus in Paris während des Aufstandes als das Musterbild einer Regierung dargestellt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch von Seiten der Regierungspartei viel, sehr viel geschehen ist, was in keiner Weise gebilligt werden kann, aber dass ein Mann wie Marx für die thatsächlich verübten Greuel der Communards auch nicht ein Wort des Tadels findet, muss Jeden, der ihn als Gelehrten hochhalten gelernt hat, mit dem tiefsten Bedauern erfüllen. Die Niederwerfung der Vendomesäule verherrlicht er mit folgenden Worten: ‚Und, um ganz unverkennbar die neue geschichtliche Aera zu bezeichnen, die sie einzuleiten sich bewusst war, warf die Commune, unter den Augen der hier siegreichen Preußen, dort der von bonapartistischen Generalen geführten bonapartistischen Armee, das kolossale Symbol des Kriegsrühms nieder, die Vendomesäule.‘ – Die Verbrennung eines großen Theiles von Paris wird als eine bloße Vertheidigungsmaßregel hingestellt (...)“ (*Groß 1885, 39*)

An Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ will Groß nur die formale Größe akzeptieren, ansonsten lehnt er dessen Werttheorie mit folgenden Worten ab: Marx „übersieht gänzlich die subjective Natur des Werthes, den daraus resultierenden Unterschied zwischen individuellem und gesellschaftlichem Werth,

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ der Jahrgänge 1994–2004
- diverse Referate von Symposien und Veranstaltungen im Volltext
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der AKG
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs
- Publikationen der AKG

während sich doch aus diesem allein die wirtschaftliche Bedeutung des Tauschprocesses im allgemeinen erklären lässt.“ Gegen die Arbeitswerttheorie wendet Groß ein: „Wenn [Marx] hiebei nicht die thatsächlich auf eine Waare verwendete, sondern nur die ‚gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit‘ als werthbestimmend erachtet, so ist dieser Gedanke an sich unzweifelhaft richtig. Allein damit er wirksam werde, müsste vor allem die Reduction verschiedenartiger Arbeit auf einen gemeinsamen Nenner factisch durchführbar sein; und diese Durchführbarkeit ist bisher m.E. in keiner Weise erwiesen, nicht von Marx und auch nicht von Rodbertus. (...) Am schärfsten kommen die Mängel der rein objectiven Werththeorie Marx' dort zum Vorschein, wo aus diesem Arbeitswerthe der Preis abgeleitet werden soll.“

Weiter bestreitet Groß die Relevanz der Mehrwerttheorie: „Die Mehrwerttheorie, welche in gewissem Sinne die Krönung des Gebäudes bildet, basirt einerseits auf dem Satze der ausschließenden Productivität der Arbeit, andertheils auf der unbestreitbaren Thatsache, dass der Capitalist aus dem Productionsprocesse mehr Werthe herauszieht als er verwendet hat. Dieses Plus nun setzt Marx ausschließlich auf Rechnung der lebendigen, vom Capitalisten erkauften Arbeit, während es thatsächlich zum guten Theil ein Product der sachlichen Produktionsmittel, welche ja auch verkörperte Arbeit sind, bildet.“

Die „ursprüngliche Akkumulation“ des Kapitals, dessen blutige Genesis will Groß auf jeden Fall etwas harmonischer gedeutet wissen. Besonders scharf wendet sich Gross deshalb gegen das Marx' Kapitel über die „ursprüngliche Akkumulation“, „so treffend und glänzend die historische Schilderung der Accumulation ist“, bildet dieser Abschnitt von „Kapital I“ nach Groß „doch theoretisch vielleicht den schwächsten Theil“. Warum? Marx „scheut hier offenbar vor dem Zugeständnisse zurück, dass der eigentliche Ursprung des Capitals denn doch ‚erworbenes, erarbeitetes, selbstverdientes Eigenthum‘ gewesen sein muss. Dass er sich aber dieser Wahrheit nicht gänzlich verschließen konnte, das beweist unter anderem sein Zugeständniß, dass auch manche Zunftmeister sich zu Capitalisten emporgearbeitet haben.“ (Groß 1885, 78–80)

Groß verteidigt Marx gegen die „Schwefelbanden“-Vorwürfe, gegen die verschwörungstheoretische Darstellung, das Büro der Internationale habe unter

Marx' und Engels' Anleitung die Pariser Kommune angestiftet. Nein, Marx hat nach Groß nichts mit den „Gefahren“ des Anarchismus eines Bakunin zu tun. Gegenüber dem „im Publicum viel verbreiteten Irrthume“ stellt Groß 1885 fest, dass „die von Marx begründete Partei mit den sogenannten Anarchisten“ zu Unrecht verwechselt werde: „Mit jenen wahnwitzigen Fanatikern, welche gegenwärtig wieder die Welt mit ihren zweck- und planlosen Mordthaten in Schrecken versetzen, hat Marx nichts gemein. Es sind dies die Adepten jenes Bakunin, welchem er gerade energisch entgegengetreten ist.“

Trotzdem droht nach Groß' Einschätzung jede von Marx und Engels beeinflusste Arbeiterpartei auf die Bahn der Revolution zu geraten, da „nämlich jede

revolutionäre Partei sich auf einem abschüssigen Weg befindet. Es ist deshalb mehr als wahrscheinlich, dass immer mehr Mitglieder der Arbeiterpartei sich den Anarchisten anschließen werden.“

Wegen dieser drohenden Gefahren der proletarischen Revolution fordert Groß eine Sozialpolitik nach deutschem Vorbild: „Um dies zu verhindern, ist es unbedingt nothwendig, dass man energisch daran gehe, den wichtigsten Beschwerden der Arbeiter Abhülfe zu schaffen. Dies kann aber nur erreicht werden durch eine weit ausgreifende Socialreform, wie sie dormalen im Deutschen Reiche geplant wird. Die Durchführung derselben bildete eine nothwendige Voraussetzung für den gesicherten Bestand der Gesellschaft und des Staates.“ (Groß 1885, 42f.)

Sonderbände der Reihe „Quellen & Studien“ im Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft

Hans Hautmann:
**Karl Marx – Friedrich Engels.
Ein Vademekum über ihr Leben und Werk**
Wien 2002 (Quellen & Studien, Sonderband 1),
468 S., 15.– Euro

**Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter
Hollitscher (1911–1986)**
Wien 2003 (Quellen & Studien, Sonderband 2),
154 S., 14.– Euro

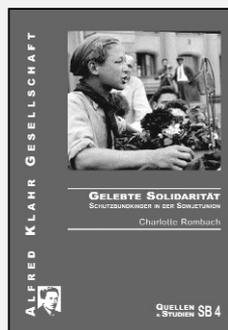
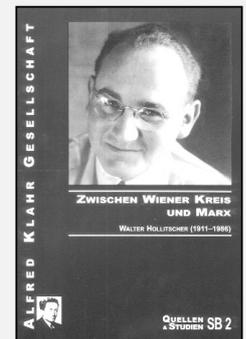
Hans Hautmann:
Soziale Utopien und utopischer Sozialismus
Ein Vademekum zur Ideengeschichte des Sozialismus und
Kommunismus von der Antike bis Marx
Wien 2002 (Quellen & Studien, Sonderband 3), 434 S., 15.– Euro

Charlotte Rombach:
**Gelebte Solidarität. Österreichische
Schutzbundkinder in der Sowjetunion**
Wien 2003 (Quellen & Studien, Sonderband 4), 150
S., ca. 180 Abbildungen, 14.– Euro

Peter Goller:
**Geschichte der Arbeitsrechtswissenschaft in
Österreich.** Studien über Isidor Ingwer
(1866–1942) und Eduard Rabofsky (1911–1994)
Wien 2004 (Quellen & Studien, Sonderband 5),
112 S., 10.– Euro

Bestellungen:

Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, A–1140 Wien
FAX: (+43–1) 982 10 86/18 oder e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at



Erinnerungen Félix Kreisslers an seine Widerstandstätigkeit in Frankreich

Ich bin in Meidling, einem Wiener Arbeiterbezirk aufgewachsen, wo ich sehr schnell mit dem Leben der einfachen und armen Leute Bekanntschaft machte. Mein Vater stammt aus dem Arbeitermilieu. Er war in seiner Jugend Straßenbahner gewesen und hatte im Jahre 1911 an dem berühmten Straßenbahnerstreik teilgenommen. Er wurde, wie das damals eben üblich war, wenn man sich an einem Streik beteiligt hatte, hinausgeworfen. Als ich heranwuchs, war mein Vater Kaufmann. Die zwanziger Jahre wurden von heftigen politischen Kämpfen beherrscht. Jede Woche gab es Demonstrationen und Aufmärsche. Ich schaute mit das an, bekam von den Nöten und dem Kampf dieser Leute um Gerechtigkeit einen sehr starken Eindruck und stellte mich auf ihre Seite.

Im Mittelschülerbund

Mein Widerstand hat nicht erst 1938 begonnen, sondern 1933, im Moment der Ausschaltung des Parlaments. Ich war zwar schon 1931 zum Sozialistischen Mittelschülerverbund gestoßen, aber richtig aktiv wurde ich erst im Jahre 1933, als den Mittelschülern in Österreich per Dekret verboten wurde, sich politisch zu betätigen. Da dachte ich – wie viele andere: „Das können wir uns nicht gefallen lassen!“ Und wir begannen erst recht, jetzt, als es verboten war, unter den Mittelschülern zu werben, und zwar nicht in erster Linie für den Sozialismus, sondern gegen den Faschismus. Im Februar 1934 wurde unsere Illegalität sozusagen noch schärfer, denn nun war es uns nicht nur als Mittelschüler verboten, uns politisch zu betätigen, sondern auch als Sozialisten. Wir antworteten mit der Gründung des Antifaschistischen Mittelschülerbundes. Damit versuchten wir, möglichst viele Mittelschüler von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus zu überzeugen. Unsere illegalen Aktivitäten bestanden in Schulungsarbeit, zum Beispiel auf Ausflügen im Wiener Wald, in der Herausgabe und Verbreitung einer Zeitung, die „Roter Schulkampf“ hieß, und die wir natürlich nur konspirativ und äußerst vorsichtig an den Schulen vertreiben konnten; schließlich setzten wir unsere Arbeit in legalen Vereinigungen fort: wir meldeten uns in Volksbildungsorganisationen zu Wort oder hielten selbst Vorträge. Konkret erinnere ich mich an solche Aktivitäten in

der Völkerbundliga, in der Paneuropabewegung und in einer zionistischen Vereinigung. 1936 flog unsere Organisation auf. – Offensichtlich war ein Spitzel unter uns. Der Antifaschistische Mittelschülerbund hatte an die fünfhundert Mitglieder umfasst. Davon wurden mit einem Schlag an die dreihundert Buben und Mädchen verhaftet. Eine Bemerkung am Rande: Erst unlängst, also mehr als vierzig Jahre nach den Ereignissen, wurde mir aus Italien ein Dokument zugesandt, aus dem hervorgeht, dass ein italienischer Polizeikommissär über unsere Aktivitäten nach Rom berichtet hatte, damit die Gestapo davon informiert werde. Dieser Umweg nach Rom wäre eigentlich nicht notwendig gewesen, weil die Gestapo in Wien bereits damals genug Leute hatte. Außerdem konnte man über unsere Verhaftung in allen österreichischen Zeitungen lesen. Offensichtlich wollten die Italiener ihren Fleiß unter Beweis stellen. Es sollte uns der Prozess gemacht werden, wozu es allerdings nicht kam, da wir am 11. Juli aufgrund einer Amnestie entlassen wurden. In dem „berühmten“ Juliabkommen zwischen Schuschnigg und Hitler war ein Punkt enthalten, dem nach alle Nationalsozialisten amnestiert werden mussten. Da die legale und die illegale Gewerkschaftsbewegung mit Generalstreik drohten, wurden auch die Linken befreit. Übrigens haben wir unseren Kampf gleich nach unserer Entlassung fortgesetzt. Allen dreihundert Mittelschülern, die verhaftet worden waren, machte man mehr oder minder Schwierigkeiten bei der Wiederzulassung an einer österreichischen Schule. So fanden viele Wiener Schüler nur Aufnahme an einem Gymnasium in Tirol oder Vorarlberg. Drei allerdings wurden überhaupt nicht mehr zugelassen, weil sie als die Führer betrachtet wurden. Unter ihnen war auch ich. Ich stand knapp vor dem Abschluss der Mittelschule, als ich verhaftet wurde. Ein Jahr lang machte ich Ansuchen und Rekurse. – Vergebens. Mir blieb die Zulassung zur Matura versagt.

Auswanderung nach Frankreich

1937 entschloss ich mich, nach Frankreich auszuwandern, um dort meine Studien fortzusetzen. Zwar lernte man damals in Österreich viel besser Französisch als heute, aber es bedurfte doch einer harten Vorbereitungszeit, dass ich zum Baccalaureat antreten konnte. Mei-

ne Auswanderung war ein großes Glück, denn bereits am 13. März 1938 tauchte bei uns zu Hause die Gestapo auf, um mich zu suchen und zu holen, wahrscheinlich durch den italienischen Polizeikommissär alarmiert.

Frankreich galt als das Land der Freiheit – diesen Ruf hat es sich bis heute bewahrt – sowie als das Land der Volksfront. Dass die Volksfront schon im Abklingen war, erkannte ich erst, als ich mich in Frankreich befand. Nur von Österreich aus gesehen, war das noch ein „rotes Land“. Damals proklamierte Leon Blum die „Pause“. Bei den sozialen Reformen wurde in Wirklichkeit nicht nur eine „Pause“ eingeschaltet, sie wurden völlig aufgegeben. Dann machte die Regierung Blum die Nichteinmischungspolitik mit, weil sie sich bedingungslos an England gebunden hatte. England war damals auf appeasement aus. Die demokratischen Westmächte schlugen eine Nichtinterventionspolitik vor, der Hitler und Mussolini laut zustimmten. Während sie aber weiter ihre Armeen nach Spanien schickten, hielten sich die demokratischen Länder an die Nichteinmischung und schauten zu. 1938 verloren die Linken die Regierungsgewalt, Daladier kam an die Macht, der dann auch das Münchner Abkommen mit Hitler abschloss. Das bedeutete Kapitulation. Damit war der beste Verbündete Frankreichs, die Tschechoslowakei, an Hitler ausgeliefert und der erste Schritt zum Zweiten Weltkrieg gemacht. Das waren für mich sehr enttäuschende Entwicklungen.

Gleich 1937 setzte ich mich in Frankreich für Österreich ein. Ich gründete zum Beispiel die „Freie Österreichische Jugendgruppe“, womit ich trachtete, die nach 1938 von Österreich nach Frankreich kommenden Jugendlichen zu organisieren, um sie vor einem moralischen Niedergang zu bewahren.

Bei Kriegsbeginn wurden alle Österreicher interniert. Wie die Behörden es verlangten, meldeten wir Österreicher uns und kamen in ein Lager. Wir waren ja damals alle noch sehr legal! Ich musste zunächst in ein Fußballstadion bei Paris, wo fruchtbare Bedingungen herrschten. Man sagte uns: „Kommt mit einer Decke“, und wir kamen mit bloß einer Decke, ohne Verpflegung. Wir wurden auf den Bänken des Stadions untergebracht, ohne Dach über dem Kopf, ohne sanitäre Anlagen. Ich erinnere mich gut,

wie da manche regelrecht wahnsinnig wurden. Wir, die wir aus der linken Bewegung gekommen sind, wir waren das schon eher gewöhnt. Jedoch „einfache“ Bürger, wenn ich das so sagen kann, die nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen waren, fanden sich plötzlich, über Nacht, in einer Lage, wie sie es sich nie hätten träumen lassen. Die Bewachung war teils menschlich, teils bekam man mit dem Gewehrkolben Hiebe, wann man sich widersetzlich zeigte oder aufmuckte, wie diese Leute, die einfach nicht verstanden, dass sie in einem Fußballstadion interniert waren. Bald wurden wir in Züge verfrachtet und in die Bretagne, in die Nähe von Le Mans, in das Lager Meslay sur Maine gebracht. Das Lager bestand aus nichts außer einer Fläche. Es gab überhaupt nichts. Noch dazu ist die Gegend dort sehr feucht. Wir mussten unsere Unterkünfte mühsam selbst bauen. Die Franzosen machten keinen Unterschied zwischen Österreichern und Deutschen, und daher waren die beiden Nationen gemeinsam in diesem Lager interniert. Übrigens unterscheidet die Bevölkerung Frankreichs auch heute weitgehend noch nicht zwischen Deutschland und Österreich. Aber wir, die Internierten, machten diese Unterscheidung. Die Österreicher gingen von sich aus zusammen in Baracken – ohne theoretische Diskussionen, ob es eine österreichische Nation gäbe. Das war sozusagen die erste Konstitution der österreichischen Nation zur Emigration.

Zunächst gab es noch die Möglichkeit, inapte au camp erklärt zu werden. Mein steifes Bein, das ich auch heute noch habe, war der Grund, weswegen ich nach viereinhalb Monaten aus dem Lager entlassen wurde. Die vier, fünf Monate, die bis zur Invasion Frankreichs durch die Deutsche Armee blieben, nützte ich mit Studienvorbereitungen. Mit vielen Tausenden ging ich dann unter Bombardements, zu Fuß, auf Exode.

Später studierte ich in Toulouse und gründete wiederum auf eigene Faust Studentengruppen. Wir veranstalteten Diskussionen und stellten Flugblätter her. Im Dezember 1941 wurde ich neuerlich verhaftet und vor einem Militärgericht der Vichyregierung in Toulouse gestellt. Über meine Aktionen bei Studenten war das Gericht nicht informiert. Man warf mir andere subversive Tätigkeiten vor, konnte mir aber nichts nachweisen, sodass ich freigesprochen wurde. Das bedeutete aber nicht, freigelassen zu werden. Jeder, der damals freigesprochen wurde, wurde sofort interniert. – so auch ich. Im Winter darauf, 1942, gelang es

mir, hospitalisiert zu werden und mich operieren zu lassen. Die Operation wäre an und für sich nicht notwendig gewesen. Nun ist es so, dass ich immer schon an Schmerzen gelitten hatte, sodass es für mich keine Kunst ist, diese Schmerzen besonders zu unterstreichen, wenn sie da sind. Nach der Operation wurde ich in einen riesigen Gips gelegt, und acht Tage nachdem ich aus dem herausgekommen war, sollte ich vom Spital weg deportiert werden. Dank der Hilfe einer Französin, die dann später meine Frau wurde, schaffte mich ein Priester bei einem Seitenausgang des Spitals hinaus, wo sonst nur die Toten abtransportiert wurden. Der Haupteingang war schon von der Polizei bewacht. Als ich entflohen war, sah ich in den Straßen von Toulouse bereits deutsche Panzer, denn die Deutschen waren auch schon in der ehemals freien Zone.

Gegen die deutschen Besatzer

Nun stellte sich die Alternative: Entweder man versteckt sich irgendwo in den Bergen, um zu überleben, oder man bleibt in der Stadt und unternimmt irgendwas gegen die Nazis. Die Frage war nur, was. So einfach ist das ja nicht, dass man sagt: „Also wir machen jetzt Widerstand.“ Die Formen mussten erst gefunden werden. Wegen meines steifen Beines kam für mich ein Einsatz bei den Partisanen nicht in Frage. Da kam die Idee auf, die Deutsche Armee zu demoralisieren. Ich selbst arbeitete an der Soldatenzeitung „Soldat am Mittelmeer“ mit. Ich konnte nicht viel machen, da ich ja erst 22, 23 Jahre alt war. Mein Beitrag bestand darin, dass ich Informationen überbrachte und Verbindungen hielt. Als wir dann dazu übergingen, Flugblätter herzustellen, machte ich mich nützlich, indem ich die Texte schrieb und abzog. Vor allem nach Stalingrad war bei den Deutschen eine gewisse Entmutigung festzustellen. Besonders beeindruckte mich, als ich sah, dass die Truppen in Lyon immer nur unter Schutz vor der Bevölkerung ausrückten. Die marschierende Truppe war von Soldaten seitlich flankiert, die die Gewehre auf das Publikum gerichtet hielten. Das war ein eindeutiges Zeichen von Angst.

Im Zusammenhang mit meiner Kurier­tätigkeit möchte ich eine Episode erzählen, die zeigt, an welch dünnen Faden damals das Leben hing. In Nimes sollte ich einmal einen Kontaktmann, den Österreicher Paul Jelinek, treffen, der dort, als Franzose getarnt, in einer Dienststelle der deutschen Wehrmacht arbeitete. Aus dem Gefühl heraus, dass irgendetwas nicht stimmt, ging ich nicht in seine Woh-

nung. Ich kann bis heute nicht sagen, wo dieses Gefühl herrührte. – Stattdessen besuchte ich ein Restaurant, wo Paul, ein Kontaktmann in der Armee, und ich früher gegessen hatten. Als ich das Lokal verließ, ging mir eine mir völlig unbekannte Französin nach, stellt mich und warnte: „Es ist besser, wenn Sie nicht nach Hause gehen, denn man wartet dort schon auf Sie.“ Sie meinte natürlich die Gestapo. Wie ich später erfuhr, war Paul Jelinek tatsächlich schon verhaftet worden. Ich weiß bis heute nicht, wie diese Frau dazukam, mich zu warnen und vor der Verhaftung zu retten. Ich musste schnell von Nimes weg und reiste nach Lyon. Mit falschen Papieren konnte man reisen. Fragen Sie mich nicht, welche falschen Namen ich hatte. Es waren so viele, dass ich sie gar nicht mehr weiß. Die Bahn hat selbst unter der Kollaborationsregierung funktioniert. Es haben ja bekanntlich die Züge auch im besetzten Polen funktioniert, in eine Richtung haben sie dort ja sogar sehr gut funktioniert. Dann musste ich aus Sicherheitsgründen schnell nach Grenoble, wo die Italiener waren. – Allerdings nicht mehr lange. Denn bald ist auch dort die Deutsche Armee eingezogen. Ich war in Grenoble in einer Buchhandlung als Verkäufer untergetaucht, als ich eines Tages für die gaulistische Widerstandsbewegung rekrutiert wurde. Sie nannte sich MNPGD, Mouvement National des Prisonniers de Guerre et Deportes. Der Leiter war ein Neffe von de Gaulle, unter vielen, vielen anderen arbeitete auch der heutige Präsident, Mitterrand, mit. Das alles wusste ich damals natürlich nicht. Meine Arbeit bestand zunächst darin, Flugblätter zu verfassen und zu vertreiben. Ich baute ein Netz von Gruppen in verschiedenen Städten auf. Dabei half mir meine Frau in sehr tapferer Weise. Sie trug zum Beispiel gefährliche Dokumente von einem Ort zum anderen. Aber allein, dass sie mit mir reiste, war eine enorme Hilfe. Wir transportierten damals in Koffern mit doppeltem Boden Flugblätter und ein reisendes Liebespaar ist immer geschützt als ein einzelner. Um Ihnen einen Eindruck zu geben, wie sich das in der Praxis darstellte, ein Beispiel: Zu Beginn des Jahres 1944 machten meine Frau und ich eine große Tour an die Cote d'Azur, um in verschiedenen Städten Flugblätter unseren Verbindungsleuten zu übergeben. Wir reisten mit einem riesigen Koffer mit doppeltem Boden, worunter die in deutscher Sprache verfassten Flugblätter versteckt waren. Wir verhielten uns wie spleenige Briten. Ich hatte ein Schnurrbärtchen, wie man es von einem

Engländer erwarten konnte. Statt uns zu verstecken, traten wir völlig „frech“ auf, in Cannes zum Beispiel verließen wir den Bahnhof und nahmen einen Fiaker. Ich setzte mich neben den Kutscher auf den Bock, meine Frau nahm hinten Platz und neben ihr stand, für jeden sichtbar, der riesige Koffer, der auffallen musste, Ich glaube, die beste Tarnung war, dass man offen auftrat. Hätte man Angst gezeigt, wäre man verraten gewesen.

Eine weitere Aufgabe innerhalb der MNPGD bestand darin, in Pakete für Kriegsgefangene Flugblätter hineinzugeben. Die wurden dann, sozusagen legal, durch das rote Kreuz in die Kriegsgefangenenlager geschickt. Wir erfuhren, dass sie gegen die Deutschen tatsächlich eingesetzt wurden. Für diese Arbeit war ich der Verantwortliche. In dieser Eigenschaft fuhr ich unter anderem mehrere Male nach Paris, wo wir Tagungen der MNPGD abhielten. Das war besonders gefährlich, weil wir jedes Mal die Demarkationslinie zweimal passieren mussten, einmal auf dem Hinweg und das andere Mal auf dem Rückweg. Frankreich war ja nach dem Waffenstillstand vom Juni 1940 in zwei, eigentlich in drei Zonen aufgeteilt worden. Es gab eine freie Zone, eine Besetzte und eine zone interdite. Alle Grenzzonen waren verbotene Zonen, wo man nur mit speziellen Papieren reisen konnte. Nach dem November 1942 kamen die Deutschen überall hin, also auch in die Freie Zone. Die Demarkationslinie aber bestand weiter. Warum? Um die Fiktion der Souveränität der Vichyregierung, die in der Freien Zone theoretisch die Macht hatte, aufrechtzuerhalten. Die Kontrollen an der Demarkationslinie stellten ein hohes Risiko dar.

Wenn ich gerade erzählte, dass ich die Demarkationslinien auch überqueren musste, um an Leitungstagungen der MNPGD teilzunehmen, dann muss man sich vor Augen halten, dass solch ein Treffen nur unter Beachtung strengster Vorsichtsregeln abgehalten werden durfte. Ich kann mich noch genau daran erinnern, dass diese Leitungstagung an drei verschiedenen Orten stattfand. Einer dieser Orte war eine Villa im 14. Pariser Gemeindebezirk, die beiden anderen waren im 10. und 18. Bezirk. Da ich zur zentralen Leitung in der Funktion als Bearbeiter der deutschen Fragen gehörte, musste ich an allen drei Tagungsorten mein Referat halten, das klarlegte, wie wir die Arbeit mit den deutschen Soldaten organisierten. Es waren damals an einem Ort zehn bis zwölf Leute versammelt. Unter diesen Umständen war das schon eine Massen-

veranstaltung. Ich muss sagen, dass sich die Gaullisten sehr unvorsichtig benahmten, weil sie eben überhaupt keine Erfahrung in illegaler Arbeit hatten. Ich hatte ja noch in Österreich schon als Mittelschüler einiges auf diesem Gebiet lernen können. Die Schwierigkeit jeder illegalen Arbeit liegt darin, dass man viele Menschen organisieren muss, dass aber möglichst wenige voneinander wissen dürfen. Es waren höchstens drei, meisten zwei, die miteinander arbeiteten. Eine Gruppe verfasste die Flugzettel, eine andere stellte sie her und eine dritte streute sie. Auf keinen Fall durfte bekannt sein, wo sich eine Zentrale befand. Der Sitz der Zentralen wurde immer wieder geändert. Ich möchte das eine fliegende Organisation nennen. Leider ist es menschlich, dass man sich nicht genau an Regeln hält. Daher wurden manchmal auch die konspirativen Regeln missachtet, sodass mancher mehr wusste, als nötig war. Wurde dann solch einer verhaftet und von der Gestapo gefoltert, und hielt er nicht stand, kam es zu Verhaftungen von Kameraden, gleich bis zu zwölf Leuten und mehr.

Verhaftung und Folter

Am 31. März 1944 wurden meine Frau und ich von der Gestapo in Lyon verhaftet. Ein junger Mitarbeiter, den wir treffen sollten, war bereits festgenommen worden und gab den Platz unseres Rendezvous an. Als wir dort hinkamen, wurden wir von vier, fünf Franzosen umringt und in das berüchtigte Gefängnis der Lyoner Polizei gebracht. Damals war Barbie Chef der Gestapo von Lyon, was ich zu dieser Zeit noch nicht wusste.

Wir kamen also in den Gestapokeller in Lyon, wo wir furchtbar gefoltert wurden. Die Gestapo wollte einfach alles wissen: Wer meine Verbindungsmänner waren, wie die Organisation hieß, einfach alles! – Der Junge Mitarbeiter, der vor uns verhaftet worden war, gab mich als Verantwortlichen an, der ich ja auch wirklich war. Da wussten sie natürlich, dass ich über sehr viele wichtige Informationen verfügte. Ich glaube, dass ich durch mein Schweigen die Verhaftung von sehr vielen Widerstandskämpfern verhindert habe. Ich verriet niemanden bei meiner Verhaftung in Toulouse und ich verriet niemanden im Gestapokeller in Lyon. Da ich nichts sagte, folterten sie mich furchtbar, die „berühmte“ Badewanne, die „berühmten“ Schläger usw. Ich habe bis heute auf dem Rücken Zeichen davon. Auf mein Bein hatten sie es besonders abgesehen, weil es leicht beschädigt ist. Ich will über diese Folterung nicht weiter reden.

Das Gefängnis von Monluc wird jetzt in der Literatur als besonders furchtbar bezeichnet. Es war streng, und man wurde misshandelt. Aber mir, nachdem ich drei Wochen unter ununterbrochener Folter im Gestapogefängnis verbracht hatte, ist dieses Gefängnis fast wie das Paradies vorgekommen. In der Gestapohölle waren wir von SD, Gestapo und SS bewacht und gefoltert worden, in Monluc bestand die Wachmannschaft aus Wehrmachtssoldaten, die bei weitem nicht so brutal waren. Die hatten sich ja auch nicht freiwillig gemeldet, und die haben eben nicht so leicht gelernt, was man ihnen beibringen wollte, nämlich dass man zu den französischen „Untermenschen“ brutal sein muss. Ich hieß damals übrigens Henri Lebrun, wie der französische Präsident, der von Pétain abgesetzt worden war. Ich verriet durch nichts, wer ich wirklich war, sodass man mich für einen Franzosen hielt.

In Monluc gab es auf den Gängen in Abständen Wachposten. Ich erinnere mich genau, dass es immer wieder vorkam, wenn ich an ihnen vorbeiging, dass sie sagten: „Na, der geht ein.“ – So sah ich nach der Folter aus, vom Tode gezeichnet. Die Soldaten wussten ja nicht, dass ich sie verstand, dass ich Deutsch konnte. Dieses Kommentare waren für mich ein „Anreiz“, nicht einzugehen. Die Freud' wollte ich denen nicht machen!

Mitten im Gefängnis von Monluc leisteten wir einen großen Akt des Widerstandes. Von Zeit zu Zeit wurden einige von uns abtransportiert. Man wusste nicht wohin, man wusste nur, dass es in das Unglücklichste geht. Immer wenn Kameraden zum Abtransport im Hof antreten mussten, sangen alle Franzosen die Marseillaise im Angesicht der Gestapo, der Soldaten und der SS. Sie müssen sich vorstellen, dass zwei-, dreihundert Mann die Marseillaise singen. Das war sehr beeindruckend. Es beeindruckte auch die Nazis. Sie trauten sich gar nicht, gegen uns einzuschreiten. Das war ein schöner Akt des Widerstandes, auch deshalb, weil man uns außerhalb der Gefängnismauern hörte.

Abtransport nach Buchenwald

Auch meine Frau und ich wurden bald deportiert. Meine Frau kam zuerst nach Romaineville, in ein Lager bei Paris. Von dort wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Ich kam von Monluc in das Lager in Compiègne. Von dort wurde ich in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Der Transport erfolgte unter bekannten Umständen, das heißt, achtzig Menschen

in einem Waggon. Jeder bekam ein Stück Wurst und ein Stück Brot, aber kein Wasser. Das war eine besonders sadistische Angelegenheit. Und am Anfang war es ziemlich heiß, in Buchenwald nicht mehr. Dort schneite es bei unserer Ankunft. Buchenwald war ja von den Nazis wegen seines schlechten Klimas ausgewählt worden. Der Durst war einfach furchtbar. Während der Fahrt starben ungefähr achtzig Menschen. Die wurden in Buchenwald ganz einfach rausgeschaufelt. Als wir ankamen, waren von uns mindestens dreihundert Menschen durstverrückt. Ich habe dort Leute gesehen, die auf der Reise von drei Tagen um dreißig bis vierzig Jahre älter geworden sind. Es war ganz einfach furchtbar, wie diese Reise sadistisch organisiert war. Dann gab es noch eine teuflische Falle. Als wir in das Lager kamen, fanden wir riesige Bottiche mit Wasser vor. Die meisten stürzten sich auf die Bottiche. Natürlich waren so gut wie alle bald als Folge darauf schwer krank.

Im Buchenwald gab es ein illegales internationales Lagerkomitee. Sein Chef war übrigens ein Franzose, der berühmte Marcel Paul. Er wurde nach der Befreiung Industrieminister in Frankreich, eine hochgeehrte, große Persönlichkeit, der die Leute im Lager, alle, nicht nur die Franzosen, zusammenschweißte. Auch im Buchenwald war Österreich als Nation vertreten. Es gab, was ich erst später erfuhr, im Rahmen des Internationalen Lagerkomitees auch ein österreichisches Komitee, wie auch ein deutsches, französisches und so weiter. Man spürte eine eigene Solidarität unter den Österreichern. Man half einander. Ich erinnere mich gut, dass ich mit vielen Deutschen über die Berechtigung der Österreicher, einen eigenen Staat zu gründen, diskutieren musste. Die deutschen Antifaschisten sahen Österreich gar nur als einen Unterbezirk an. Mit der echt deutschen Überheblichkeit gestanden sie Österreich nicht einmal einen Bezirk oder eine Provinz zu. Österreich könne höchstens ein Unterbezirk des zukünftigen, natürlich demokratischen Deutschlands sein.

Eine Widerstandstätigkeit, die ich in Buchenwald vollbrachte, forderte den meisten Mut von mir. Ich war all die sechzehn Monate als Franzose, als Henri Lebrun, dort. Wenn sie mich umgebracht hätten, wüsste niemand, was mit dem Felix Kreissler passiert ist. Ich gab als Beruf Deutschlehrer an. Also wurde ich als Dolmetscher eingesetzt. Für die Franzosen unter den Häftlingen gab man über Lautsprecher Wehrmachtsbe-

richte durch. Meine Aufgabe während mehrerer Wochen war es, die Wehrmachtsberichte in das Französische zu übersetzen. Ich übersetzte aber nicht, ich interpretierte und kommentierte, immer in einem Sinn, der den Gefangenen Mut und Kraft zum Überleben geben sollte. Wenn da ein Spitzel unter den Franzosen gewesen wäre, der angezeigt hätte, dass der Lebrun nicht übersetzt, sondern interpretiert, wäre es mit mir sofort aus gewesen. Ein Menschenleben war in Buchenwald überhaupt nichts wert. Und ich war mir der Gefahr vollkommen bewusst. Vollkommen. Heute habe ich noch rückblickend Angst, das ich diese Widerstandsakte setzte.

Was nun die Zeit nach meiner Befreiung betrifft, möchte ich lediglich herausgreifen, dass ich in Rouen eine Professur für Civilisation Autrichienne innehabte. Es ist der einzige Lehrstuhl für österreichische Landeskunde in Frankreich.

Da nun der Fall Barbie aktuell ist, will ich in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen machen. Es ergab sich die Tatsache, dass der französische Staatsanwalt Barbie nur wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Anklage stellen will, nicht wegen Kriegsverbrechen, weil die nach so langer Zeit nicht mehr verfolgt werden können. Unter Kriegsverbrechen fallen auch all jene Verbrechen, die gegen Juden begangen wurden, die eingesperrt, verfolgt oder ermordet wurden, eben, weil sie als Juden betrachtet wurden. Nun muss man die Frage stellen, unter welche Kategorie ich falle. Ich nahm in Frankreich als Österreicher jüdischer Herkunft am Widerstand teil. Von der Gestapo wurde ich mit einer französischen Identität verhaftet. Wie ich schon sagte, war ich auch als Henri Lebrun in Buchenwald und viele erinnern sich noch an diesen Namen. Ich wurde von der Gestapo furchtbar gefoltert, unter anderem auch daraufhin gefoltert, dass ich meine wahre Identität preisgebe, denn die Gestapo wusste natürlich, dass man falsche Papiere hatte. Wäre ich unter Folter schwach geworden und hätte erklärt, dass ich Felix Kreissler heiße, hätte mich die Gestapo natürlich als ehemaligen Österreicher jüdischer Herkunft identifiziert. Es erhebt sich nun die Frage: In welchem Moment verwandelt sich ein Kriegsverbrechen in ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Sind die Folterungen, die an derselben Person begangen wurden, einmal Kriegsverbrechen, wenn sie nichts gesteht, und wenn sie gesteht, was ihre Überlebenschance, die schon so gut wie null war, noch einmal reduzierte, ein

Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Wie die Dinge jetzt stehen, kann ich im Prozess gegen Barbie und seine Kumpanen nicht als Zeuge auftreten, weil er gegen mich „nur“ Kriegsverbrechen beging. Gegen diesen Umstand, der ja in Frankreich für viele zutrifft, führen die hiesigen Widerstandsorganisationen eine Aktion, die darauf hinausläuft, dass auch diese Form der Barbarei bei dem Prozess gegen Barbie zur Sprache kommen wird.

Ursprünglich als Beitrag Félix Kreisslers erschienen unter dem Titel „Der geht ein!“, in: Franz Richard Reiter (Hrsg.), Unser Kampf. In Frankreich für Österreich. Interviews mit Widerstandskämpfern, Wien-Köln-Graz 1984, S. 155–169

Zum Tod von Félix Kreissler (1.8.1917 bis 24.10.2004)

Acht Tage nach seinem Auftreten auf dem Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft, der er als Mitglied angehörte, ist Félix Kreissler verstorben. Wir verlieren mit ihm einen guten Freund und Förderer unserer Anliegen. Um seiner würdig zu gedenken, haben wir uns entschlossen, seine Erinnerungen an die Jugendzeit in Wien und an seinen antifaschistischen Widerstandskampf in Frankreich zu bringen.



Félix Kreissler und seine Frau Denise überlebten, dank der Solidarität von Mitgefangenen, und heirateten, nachdem sie sich wieder gefunden hatten, im August 1945 in Paris. Sofort nach seiner Rückkehr schaltete sich Félix Kreissler in die politischen und kulturellen Aktivitäten der Österreichischen Freiheitsfront in Frankreich ein, die sich als Sprachrohr des befreiten Österreich verstand, und half Rückkehrwilligen, nach Österreich zu gelangen. Er selbst übersiedelte gemeinsam mit seiner Frau Denise 1947 nach Wien, wo er zuerst bei der Radioverkehrs-A.G. („RAVAG“) für die „Russische Stunde“ arbeitete. Obwohl schon über 40 Jahre alt, begann Félix Kreissler 1959 in Frankreich zu studieren, erwarb

schließlich drei Dokortitel und wirkte ab Anfang der siebziger Jahre am Aufbau des Instituts für Germanistik der neu gegründeten Université de Haute Normandie in Rouen mit. Mit der Gründung des Österreich-Zentrums CERA (Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes) und der Halbjahreszeitschrift „Austriaca“ gelang es, die Österreich-Kunde an den französischen Universitäten zu verankern.

Das Ansehen, das Félix Kreissler in der wissenschaftlichen Szene sowohl Frankreichs als auch Österreichs genoss, kam sinnfällig zum Ausdruck in der 1985 im Wiener Europaverlag erschienenen Festschrift anlässlich seiner Emeritierung „Melanges Félix Kreissler“. In den darauf folgenden Jahren betätigte er sich vor allem als Vortragender in Frankreich und Österreich sowie Autor zahlreicher Aufsätze, Besprechungen und Kommentare, verfasste für französische Publikationen Jahresberichte zum Zeitgeschehen in Österreich und beteiligte sich an vielen wissenschaftlichen Projekten.

Dass die Österreichische Volkspartei im Februar 2000 mit der Freiheitlichen Partei trotz der ultrarechten Demagogie von FPÖ-Chef Haider eine Koalition einging, empörte ihn nicht nur als gebürtigen Österreicher und naturalisierten Franzosen; in der Bildung der „schwarzblauen“ Regierung erblickte er auch eine Gefährdung seines gesamten Lebenswerks, das in hohem Ausmaß der Verbreitung von Wissen über und der Weckung von Verständnis für Österreich in Frankreich gewidmet war.

Félix Kreissler hat ein umfangreiches wissenschaftliches Oeuvre hinterlassen. Seine erste französische Dissertation erschien 1967 auch auf Deutsch („Das Französische bei Raimund und Nestroy“, die französische Buchausgabe folgte 1973. Seine zweite Arbeit wurde eine Geschichte der Ersten Republik, die nicht nur in Frankreich zu einem Standardwerk zur österreichischen Zeitgeschichte wurde: deutsch 1970 unter dem Titel „Von der Revolution zur Annexion“, französisch 1971 publiziert.

1980 legte er jene beiden Bände über den Bewusstwerdungsprozess der österreichischen Nation vor, die zu seinem einflussreichsten Werk werden sollten: „La Prise de Conscience de la Nation Autrichienne. 1938–1945–1978“. Der Böhlau Verlag brachte 1984 eine überarbeitete Ausgabe unter dem Titel „Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen“ heraus. Obwohl Kreissler in dieser Studie in dem für ihn typischen Stil der etwas koketten

Untertreibung behauptete, dass ihm alle Theorien zur nationalen Frage gleich wertvoll seien und er über keine eigene verfüge, vertrat er in diesem Resümee jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Rolle der Kultur und Politik im Nationsbildungsprozess implizit sehr wohl einen theoretischen Ansatz, der schon im Titel des Buches zum Ausdruck kam. Sowohl im französischen Titel („prise de conscience“ = das Sich-Bewusst-Werden) als auch im deutschen Untertitel („ein Lernprozess“) wurde das Prozesshafte betont: Nation war für ihn – ganz in der französischen Tradition – eine „tägliche Volksabstimmung“, wie Ernest Renan die Nation 1882 definierte, eine historische Erscheinung, die durch politisch-kulturelles Handeln zur Option und durch gesellschaftliche Akzeptanz zur Realität wird. Obwohl er nie ein Hehl daraus machte, dass er sich als in der marxistischen Tradition stehend verstand und vor allem die Arbeiten Alfred Klahrs für den entscheidenden Schritt in diesem Bewusstwerdungsprozess ansah, positionierte sich Kreissler damit abseits der klassischen marxistischen Definitionen, die ihm offenkundig zu statisch (Otto Bauers „Sprach- und Kulturgemeinschaft“) oder zu starr (Stalins Vierpunkte-Definition einer Nation) waren. Obwohl er die Bedeutung ökonomischer Faktoren anerkannte, stand die Frage, unter welchen wirtschaftlichen Voraussetzungen sich Nationsbildungsprozesse vollzogen, nicht im Zentrum seiner kulturwissenschaftlich orientierten Untersuchungen zur Geschichte Österreichs.

Félix Kreissler war Mitautor des – nie ins Deutsche übersetzten – ersten biografischen Lexikons zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung: Als einer der ersten Bände des von Jean Maitron herausgegebenen „Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier international“ erschien 1971 der Band „L'Autriche“ von Yvon Bourdet, Georges Haupt, Félix Kreissler und Herbert Steiner. Der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung blieb er verbunden über seine regelmäßige Teilnahme an den „Linzer Konferenzen“ der 1964 als „Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung“ gegründeten ITH, auf denen er als lebhafter Diskutant, mitunter aber auch als Referent auftrat – zuletzt im September 2000 als Eröffnungsredner der 36. Linzer Konferenz („Erinnerung an Diktatur und Verfolgung im internationalen Vergleich“).

Félix Kreissler war zahlreichen weiteren österreichische Einrichtungen durch

vielfältige wissenschaftliche und persönliche Kontakte verbunden und hat deren Tätigkeit auch finanziell unterstützt: neben der Jura-Soyer-, der Alfred Klahr- und der Theodor-Kramer-Gesellschaft sowie der 1998 gebildeten Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz (deren Kuratorium er angehörte) und der 2003 gegründeten Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (deren Ehrenmitglied er war), war dies vor allem das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Der Widerstand als historisches Phänomen, aber auch als Lebenshaltung war – neben der Herausbildung der österreichischen Nationalkultur – das zweite große Thema seines wissenschaftlichen Werks, das ihn vor allem ab den neunziger Jahren zunehmend beschäftigte. Gemeinsam mit dem Historiker Paul Pasteur gab er 1996 den Band „Les Autrichiens dans la Résistance“ heraus. 1997 folgte in der Münchner Edition Kappa die Streitschrift „Kultur als subversiver Widerstand“, die 1999 in Rouen auf Französisch erschien. Der französische Titel verwies darauf, dass der Autor seine Beispiele für die subversiven Potenzen der Kultur anhand der österreichischen Entwicklung analysierte.

Jahrzehntelang hatte Félix Kreissler versucht, dem französischen Publikum sowohl die österreichische Kultur- und Gesellschaftsgeschichte als auch das zeitgenössische Österreich nahe zu bringen – unter anderem mit einem Band aus Anlass des bevorstehenden EU-Beitritts Österreichs 1995, in dem er auch sein Verständnis für die in der offiziellen Auslandskulturpolitik fast völlig verschwiegene österreichische Gegner eines Beitritts artikulierte. Ein letzter Versuch, aus einer vergleichenden französisch-österreichischen Perspektive das ganze 20. Jahrhundert zu analysieren – u.a. im Dialog mit und in Abgrenzung von Eric Hobsbawms Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts „Zeitalter der Extreme“ – blieb unvollendet: Ein 900 Seiten starkes Manuskript („Das lange XX. Jahrhundert tödlicher Begegnungen“) wartet auf Bearbeitung und Edition.

Félix Kreissler starb in der Nacht von 24. auf 25. Oktober 2004 in seiner Wohnung in Montreuil bei Paris an einem Herzinfarkt. Die Verabschiedung fand im Kreise der Familie sowie von FreundInnen und KollegInnen aus Frankreich und Österreich am Freitag, den 29. Oktober 2004, im Crematorium du Pere Lachaise in Paris statt.

WINFRIED R. GARSCHA

Architektin und Zeitzeugin eines Jahrhunderts

Mehr als vier Jahre nach ihrem Tod erschienen in Wien in Buchform eine Reihe von Manuskripten aus dem Nachlass von Grete Schütte-Lihotzky. Sie umfassen den Zeitraum von ihrer Studienzeit bis zur Abreise der Architektengruppe um Ernst May von Frankfurt am Main in die Sowjetunion, also von 1915 bis Herbst 1930. 15 Jahre aus dem Leben der bedeutendsten Architektin Österreichs, die ihr Studium in Wien an der Kunstgewerbeschule bei Oskar Strnad, ihre Arbeiten in der Wiener Siedlerbewegung und ihre Berufung an das Hochbauamt Frankfurt zu Stadtrat Ernst May mit ihren dortigen Arbeiten umfassen. In spannend zu lesenden Kapiteln beschreibt Schütte-Lihotzky ihre Entwicklung von einem „künstlerisch völlig unverbildetem Wesen“ zu ihrem mit Nachdruck durchgesetztem Entschluss, Architektin zu werden und sich als solche in einer Männerdomäne mit beharrlicher, präziser Arbeit und wohl-durchdachten Ideen Respekt und Anerkennung zu verschaffen. Es folgen erstzunehmende Hürden.

„Niemand würde je eine Frau ein Haus bauen lassen“

Ihr unerbittliches Festhalten an ihrem Entschluss überzeugte ihren Lehrer, er stellte ihr immer neue Aufgaben, und sie lernte erfolgreich: 1919 erhielt sie mit dem Lobmeyer-Preis ihre erste Auszeichnung, erstmals verliehen an eine Frau. Und die folgenden Jahre wurden entscheidend für ihr Leben: Den Wunsch, sich an einem Wettbewerb für Arbeiterwohnungen zu beteiligen, quittierte Strnad mit der Aufforderung: „Bevor Sie nur einen Strich zeichnen, gehen Sie hinaus (...) und sehen sich an, wie die Arbeiter bei uns wirklich wohnen und leben.“

Ihre Darlegung von Studium und den Arbeiten in der Wiener Siedlerbewegung ist voll von Namen aus der Kultur- und Geistesgeschichte der 1. Republik: Adolf Loos, Otto Neurath, Max Ermers, Josef Frank und Ernst Egli werden in eigenen kleinen und größeren Kapiteln beschrieben, manchmal der Zeit vorgreifend mit Episoden aus späteren Jahren, aber immer intensiv darlegend die persönlichen Erfahrungen verwoben mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

*„... einen großen Wohnkomplex, ...
Ihr verteilt an die ‚Modernen‘.*

*Dann könnt Ihr Euch mit diesen
Narren herumstreiten.“*

Es geht um nichts Geringeres als den Einsatz industrialisierter Fertigungsverfahren im Wohnbau, um „Fertigteilbauweise für alle wiederholbaren Bauten“. Grete Schütte nennt die zugrundeliegende Entwicklung beim Namen: „Die wissenschaftlich-technische Revolution hat das Bauen erfaßt.“ Systematische Analyse des Raums, „theoretische Studien und Zeichnungen über das Thema Wohnbau und rationelle Haushaltsführung“ waren das eigentliche Metier der jungen Architektin. In Vertretung von Loos führt sie einen Architekten aus Breslau durch die Wiener Siedlungen: Ernst May ist fasziniert von ihren Methoden der Planung und der Verwirklichung der Ideen. Wenige Jahre später, als Stadtrat für Bauwesen in Frankfurt am Main, lädt er sie ein, in einer Gemeinschaft moderner Architekten am dortigen Hochbauamt „Neues Bauen“ zu erkämpfen. Grete Schütte war 28 Jahre alt, als sie – bereits international bekannt – in Deutschland „ein neues Leben begann“.

*Die „Frankfurter Küche“ –
weltberühmt und belastend*

„Die Arten des Wohnens entstehen nie durch die ‚Idee‘ eines Menschen, sondern nur nach den Gegebenheiten, den Lebensbedingungen, unter denen die Bevölkerung vorher lebte, also aus den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung.“ Es ist eine der unzweifelhaften Vorzüge dieser Veröffentlichung, dass zu grundlegenden Fragen der Entstehung des Konzepts der Frankfurter Küche, ja zu verschiedenen Aspekten der Architektur überhaupt, die authentischen Ansichten einer Zeitzeugin dokumentiert werden. Diese stellt klar, „daß die Entstehung der Frankfurter Küche in erster Linie eine (...) Finanzierungsentscheidung war und erst (dann) eine Einrichtungsfrage“. Und als ersten Beweggrund nennt sie „die Erkenntnis, daß die Berufstätigkeit der Frau (...) nicht mehr nur dem Dazuverdienen zum Einkommen des Mannes dienen wird“. Zu Tausenden wird die Küche in Frankfurt gebaut. Detailliert werden unterschiedliche Wohntypen, die Herstellung von Kindergärten in vorgefertigten Bauteilen u.a. beschrieben. Intensive Arbeitsjahre, bis im Frühsommer 1930 eine Gruppe von 17 Spezialkräften unter der Leitung von Ernst May zum Bau neuer Wohnstädte für die Arbeiter der Schwerindustrie in die Sowjetunion eingeladen wird. Mit der Ankunft in Moskau am 7. Oktober 1930 endet dieser Teil der Erinnerungen von Grete Schütte-Lihotzky.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Präsident: Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann
weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Winfried R. Garscha, Peter Goller,
Hans Mikosch, Gerhard Oberkofler
Layout: Manfred Mugrauer
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Tel.: (+43-1) 982 10 86
FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at
Internet: www.klahrgesellschaft.at
Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

An dieser Stelle möchten wir uns erneut an unsere FreundInnen mit der Bitte wenden, Materialien aller Art (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Dokumente, Flugblätter, Abzeichen, Fotos, Gegenstände usw.), die die Sammeltätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft betreffen, dieser zu übergeben, bzw. es uns zu ermöglichen, diese zu sichten und eventuell Kopien anzufertigen.

Ein wertvolles Buch, eine verdienstvolle Arbeit der Herausgeberin Karin Zogmayer. Leider fällt auf, dass weder im Vorwort noch in der Biographie die wesentliche Tatsache Erwähnung findet, dass nach ihrer siebenjährigen Tätigkeit in der Sowjetunion Grete Schütte in der Türkei Mitglied einer illegalen Gruppe der KPÖ wird; als Kurier der Parteiführung kommt sie nach Wien, und wird am letzten Tag vor ihrer Rückreise durch Verrat verhaftet. Aber im befreiten Österreich kennt die Stadt Wien sie „nur“ als Kommunistin, nicht als Architektin. Jedenfalls verzeichnet diese Auslassung das Bild eines Menschen, der von sich schreibt: „Nur wenn ich als Teil einer Gemeinschaft für gemeinsame Ziele eintrete und dafür auch kämpfe, erhält mein Dasein auch einen Sinn.“ Bis zu ihrem Tod war für Grete Schütte-Lihotzky diese Gemeinschaft die KPÖ.

HANS MIKOSCH

Margarete Schütte-Lihotzky: Warum ich Architektin wurde, hg. von Karin Zogmayer. Wien, Salzburg: Residenz 2004, 240 S.